7. Jahrgang, Nummer 227

Montag, 5. Oktober 1925

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,40 Mk., monatlich 1,60 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pfg., Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 8 Pfg. Reklamepreis: Die 3 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pfg. Postscheckkonto: Breslau 544.

Mit den Gratisbeilagen: „Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Hilfe", „Die Kommunistin", „Der Genossenschaftler", „Tribüne", „Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 6837. Filialexpeditionen: Bunzlau, Kaiserweg 41 b, Lauban, Neuere Görlitzer Straße 1, Liegnitz, Dänemarkstraße 40, Sagan, Stadtwiese 4. Schluß der Inseraten-Annahme morgens 9 Uhr. Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 6837. Sprechzeit für Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, mittags 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6—7 Uhr.

Zum Besuch des Ostausschusses

Was bringt der Ostausschuß den schlesischen Bergarbeitern?

Breslau, 5. Oktober.

Der Landtagsausschuß für die östlichen Grenzgebiete, der sogenannte Ostausschuß tritt morgen seine Reise nach Oberschlesien und Waldenburg an. Die Aufgaben des Ostausschusses sollen darin bestehen, sich in Oberschlesien über Flüchtlingsorganisation, Flüchtlingselend, Besatzungs- und Aufruhrschäden, sowie über den Umfang der Erwerbslosigkeit und das oberschlesische Wohnungselend zu orientieren. In Waldenburg soll der Ostausschuß sich ebenfalls hauptsächlich mit dem katastrophalen Wohnungselend befassen.

Nachdem die kommunistische Landtagsfraktion bereits vor Monaten durch den Mund des Genossen Jadasch die katastrophalen Wohnungsverhältnisse in Oberschlesien und das Flüchtlingselend behandelt hatte, nachdem die Zustände in Oberschlesien sich derart zugespitzt haben, daß selbst bürgerliche Blätter genötigt sind, nach Abhilfe zu schreien, haben die bürgerlichen Parteien endlich kurz vor den Provinziallandtagswahlen ihr Herz für die oberschlesische Bevölkerung entdeckt. Die Zentrumsfraktion stellte den Antrag, Kredite für Oberschlesien bereit zu stellen. Durch die große Propaganda, die die gesamte bürgerliche Presse, von der „Morgenpost" bis zum sozialdemokratischen „Volksblatt" für die Reise des Ostausschusses macht, ist tatsächlich in vielen Kreisen der werktätigen Bevölkerung die Illusion erweckt worden, daß der Ostausschuß die Rettung der oberschlesischen Bevölkerung ist.

Sehen wir uns nun einmal das Reiseprogramm, das uns von der Landtagsfraktion zugesandt wird, etwas näher an. Für den Besuch des großen oberschlesischen Industriegebiets sind zwei Tage festgelegt worden. Der Ausschuß beginnt seine Arbeit am Dienstag, vormittags, um 9 Uhr mit einem Vortrag des Obmannes der Flüchtlingsorganisation über das Flüchtlingselend. Obwohl dieses Elend zum Himmel schreit, Hunderte von Flüchtlingen mit ihren Familien in elenden Baracken zusammengepfercht kampieren müssen, hat man für dieses wichtige Referat ganze dreiviertel Stunden angesetzt. Denn weit wichtiger wie die Hilfe für die Flüchtigen ist dem Ostausschuß das Referat über Besatzungs- und Aufruhrschäden, das um 9¼ Uhr beginnt. Handelt es sich doch hier darum, der „oberschlesischen Industrie" (lies: den oberschlesischen Grubenbaronen auf Kosten der arbeitenden Steuerzahler große Geschenke in Form von Entschädigungen in den Schoß zu legen). Für dieses Referat sind 1¼ Stunden in Aussicht genommen. Um 11 Uhr beginnt dann eine Besichtigungsfahrt, Grenzfahrt genannt. In zwei Stunden sollen nicht nur Siedlungen besichtigt werden, sondern auch das Wohnungselend in Oberschlesien soll festgestellt werden. Zwei Stunden für die Besichtigung von Tausenden von Arbeiterwohnungen. Dies kennzeichnet schon den Wert der Arbeit des sogenannten Ostausschusses. Am Nachmittag findet dann eine Fahrt nach Hindenburg und eine Besichtigung des Knappschaftslazarettes statt. Um 5 Uhr sind Referate örtlicher Natur und ein kurzes Referat über Erwerbslosigkeit angesetzt. In derselben Weise ist das Programm für Mittwoch festgelegt. Vormittags Besichtigungen und kleine Referate, nachmittags ein Vortrag des Oberbürgermeisters über die Notlage der oberschlesischen Kommunen. Reichlich Zeit dagegen hat sich der Ostausschuß für die Besprechung mit dem oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein genommen. Die Unterredung dieser Unternehmerorganisation, die mit Hilfe des amtlichen Schlichters am Sonnabend die Bergarbeiterforderungen abgelehnt hat, dauert drei Stunden. Dann fahren die Herren vom Ostausschuß am Donnerstag nach Ratibor und Leobschütz und sind am Abend bereits wieder in Breslau. Daß bei einem solchen Besuch von zwei bezw. drei Tagen für die hilfeharrenden oberschlesischen Flüchtlinge, für die Tausende Wohnungslosen, Erwerbslosen und die immer mehr verelenden Proleten nichts herausspringen kann, liegt auf der Hand. Genau so steht es mit den Besichtigungen im Waldenburger Gebiet. Am Vormittag fährt der Ausschuß dann in das Neuroder Revier.

Hier liegen die Verhältnisse der Bergarbeiter noch schlimmer als im Waldenburger Hungerrevier. Liegen doch die Löhne der Kumpels noch zehn Prozent unter den Waldenburger Elendslöhnen. Auch das Weberelend ist dort zu Hause. Die Wohnungsnot schreit zum Himmel. Massenerkrankungen, Unterernährung sind die Folgen der Auspowerung der arbeitenden Bevölkerung. Dem Ostausschuß aber genügt ein Vormittag für die Informierung über dieses wichtige Gebiet, und da die bürgerlichen Mitglieder im Ostausschuß keine Freunde der frischen Morgenbrise sind (wie Herr Ludendorff), so dürfte die Information im Waldenburger Revier sich etwa von morgens 10 Uhr bis mittags erstrecken. Auf 10½ Uhr sind die Besichtigungen angesetzt und um 1,36 Uhr die Rückfahrt nach Waldenburg. Nun bleiben zur Information über das Waldenburger Elend gerade noch 1½ Tage. In Nummer 104 unseres Blattes haben wir Elendsbilder aus dem Waldenburger Hungerland wiedergegeben. Diese Berichte stammen nicht von Kommunisten, sondern sind Feststellungen eines Zentrumsmannes, des Dr. med. Baron.

Nun fragen wir die arbeitende Bevölkerung von Waldenburg: Wird der Ostausschuß in 1½ Tagen Zeit finden, die Wohnhöhlen, die Herr Dr. med. Baron geschildert hat, zu besichtigen? Wird er die Dachkammer ohne Decke in Augenschein nehmen? Wird er sich in die Wohnungen des Elends, die aus einem Zimmer bestehen und, in der sieben Personen zusammengepfercht hausen müssen, wird er die baufälligen Häuser, in denen die Ratten hausen, in Augenschein nehmen? Wird er sich die Frage vorlegen, wie ein Familienvater mit zwei Kindern, mit 110,62 Mk. den Monat existieren soll? Wird er den Herrn Unternehmern sagen, daß es unmöglich ist mit einem solchen Lohn auszukommen? Wird er den Mut aufbringen, den Herren vom bergbaulichen Verein ins Gesicht zu sagen, daß sie ein schlimmeres Verbrechen an der arbeitenden Bevölkerung begehen, als einst die englischen Blockadepropagandisten, wenn sie dieser körperlich vollkommen verelendeten Bergarbeiterbevölkerung einen Lohnabbau von 15 Prozent zumuten. Wird der Ostausschuß das tun, was Herr Dr. Baron von ihm verlangt? Herr Dr. med. Baron schreibt am Schluß seines Aufsehen erregenden Berichtes folgendes:

„Das deutsche Volk hat ein Anrecht darauf, daß der Ostausschuß klipp und klar feststellt, wer für die Waldenburger Zustände verantwortlich ist. Oder soll auf ihm ein solches Stück Kulturschande haften bleiben?"

Nun, wir sind überzeugt, die bürgerlichen Mitglieder des Ostausschusses werden diese Frage nicht beantworten können und nicht beantworten wollen. Denn die Waldenburger Industriebarone sind Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut. Sind Mitglieder der herrschenden Klasse.

Würde der Ostausschuß nur aus Kommunisten oder aus anderen klassenbewußten Proletariern bestehen, so müßte er feststellen: verantwortlich für die Zustände in Waldenburg, verantwortlich für die Zustände in Oberschlesien ist die kapitalistische Gesellschaft, sind die Profithyänen vom Bergbauverein. Und wenn die sozialdemokratische „Bergwacht" das dürftige Reiseprogramm des Ostausschusses überschreibt mit der Ueberschrift „Uns soll geholfen werden", so ist das infamer Arbeiterbetrug. Kein Ostausschuß kann den Kumpels in Waldenburg und Oberschlesien helfen. Helfen kann nur eine gemeinsame Front der Bergarbeiter von Beuthen bis Waldenburg, helfen kann nur der gemeinsame Kampf aller Bergarbeiter gegen das Grubenkapital. Wenn diese Front hergestellt sein wird, werden es die Industriebarone nicht mehr wagen dürfen, mit Hilfe gefügiger Schlichter auf die Forderungen nach Lohnerhöhung mit Lohnabbau zu antworten. Trotzdem aber soll der Besuch des Ostausschusses in Waldenburg und Oberschlesien nicht vergeblich sein, während seiner Anwesenheit in genannten Gebieten muß die gesamte Arbeiterschaft mobilisiert werden, damit den Herren gezeigt wird, daß es mit der Geduld der oberschlesischen und Waldenburger Arbeiter aus ist.

Was wird in Locarno geschehen?

Die heute beginnende Konferenz zwischen der deutschen Regierung und der Entente über die Sicherheitsfrage wird zwar die politische Linie der deutschen Außenpolitik endgültig festlegen. Aber im technischen Sinne wird in Locarno nicht viel fertiggemacht werden können.

Man wird zunächst den Entwurf eines Weltpakts durchberaten, wie ihn die Juristenkonferenz in London bereits erörtert hat. Das wäre der Vertrag, in dem Deutschland auf der einen Seite und Belgien und Frankreich auf der anderen Seite sich zur Aufrechterhaltung ihrer jetzigen Grenze verpflichten. Die Westgrenze Deutschlands, wie der Versailler Vertrag sie bestimmte, soll auf keinen Fall gewaltsam geändert werden. England würde über dieses Abkommen garantieren und sich verpflichten, jedem Friedensstörer gewaltsam entgegenzutreten.

Die Ententemächte haben jedoch erklärt, daß sie keinen Sicherheitspakt unterschreiben können, ehe nicht Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist. Ein formeller Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist aber in Locarno nicht möglich. Dazu sind vielmehr der Völkerbundsrat und die Völkerbundsversammlung zuständig. Erst die nächste Tagung des Völkerbundes kann also den Eintritt Deutschlands bringen und so die Voraussetzung für den formellen Abschluß des Sicherheitspakts schaffen. Eine Besprechung über den berühmten Artikel 16 des Völkerbundsstatuts und über die militärischen Verpflichtungen, die Deutschland als Glied des Völkerbundes hätte, ist in Locarno nur inoffiziell möglich.

An Stelle eines Ostpakts sollen Schiedsgerichtsverträge treten, die Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei abschließt und für die Frankreich die Garantie übernehmen will. Man wird sich in Locarno über die Form einer solchen französischen Garantie unterhalten. Aber die beiden Schiedsverträge selbst sind noch nicht da und auch in Locarno schwerlich zustande zu bringen. Zwar haben die Verhandlungen über einen Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslovakei bereits begonnen, aber Polen hat noch keinerlei Wunsch erkennen lassen, auch mit Deutschland in Verhandlungen über einen Schiedsvertrag einzutreten. Es müßte schon der Außenminister Polens und sein tschechischer Kollege ebenfalls nach Locarno zitiert werden, damit Stresemann mit ihnen die Schiedsverträge abschließen kann. Das wäre eine zweite anschließende oder parallele Konferenz. Ob sie zustande kommt, und ob sie ein Ergebnis haben würde, läßt sich heute noch nicht sagen.

Die Räumung der Kölner Zone und die sonstigen Rheinlandfragen stehen nicht auf der Tagesordnung der Konferenz. Erstens hat Frankreich erklärt, daß es Diskussionen über Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht dulden wird. Zweitens machen die Ententemächte die Räumung der Kölner Zone davon abhängig, daß Deutschland seine Verpflichtungen auf dem Gebiete der Entwaffnung erfüllt. Das ist in der englischen und in der französischen Antwort auf die deutschen Vorbehalte zur Konferenzeinladung ausdrücklich betont worden. Es bleibt Stresemann und Luther wieder nur übrig, in nicht offiziellen Besprechungen mit Chamberlain und Briand sich über Köln und die Entwaffnung zu unterhalten.

Soweit die Entente beabsichtigt, die Aufsicht über die Entwaffnung Deutschlands und über die entmilitarisierte Rheinlande dem Völkerbund zu übertragen, müßten deutsche Wünsche offiziell an den Völkerbundsrat gerichtet werden. Dieser ist aber in Locarno nicht vorhanden.

Selbstverständlich wird es auch über die Kriegsschuldfrage in Locarno zu keiner Diskussion kommen, weil die Ententeminister darüber mit Deutschland nicht verhandeln wollen. Auch das ist in den Ententeantworten auf die deutschen Vorbehalte deutlich genug gesagt worden.

Die Konferenz in Locarno wird also formal höchstens den provisorischen Entwurf eines Westpakts zustande bringen, daneben wird die Konferenz aber einen viel wichtigeren, nicht amtlichen Teil haben. Es ist durchaus möglich, daß die dort versammelten Außenminister sich privat auch über die kommenden Reparationszahlungen Deutschlands, über Deutschlands Devisenlage und über die amerikanischen Kredite unterhalten werden. Die Diplomaten arbeiten gewöhnlich sehr umständlich. In welchem Tempo sie diesmal mit der gesamten Sicherheitsfrage zum Schluß kommen werden, kann noch niemand sagen. Aber ungeachtet aller technischen und juristischen Etappen, die Herr Stresemann zurückzulegen hat, steht das Ziel: die Westorientierung der deutschen Bourgeoisie fest. Ebenso klar sollte für das deutsche Gesamtproletariat das Ziel der Ostorientierung sein.

Rote Front gegen Stahlhelm

Finsterwalde, 5. Oktober.

Hier veranstalteten die Stahlhelmleute gemeinsam mit „Wertwolf" und „Jungdo" zu Hindenburgs Geburtstag einen Fackelzug, wobei sie systematisch die in den Straßen befindlichen Arbeiter mit Stöcken und Dolchen überfielen und mißhandelten. Das führte dazu, daß sich „Reichsbanner"-Mitglieder und Rote Frontkämpfer gemeinsam gegen den Stahlhelm zur Wehr setzten und die Angreifer zurückschlugen. Der Stahlhelm flüchtete schließlich ins Hotel „Viktoria". Etwa 30 Personen sind verletzt.

Zum Fememord

(Eig. Drahtb.) Berlin, 5. Oktober.

In der neuen Fememordaffäre werden jetzt die Namen der Verhafteten bekannt. An der Ermordung des Schützen Amür sind beteiligt: Oberleutnant Schulz, Heinrich Leder, die Feldwebel Büsching und Klätteritz, die auch aus anderen Mordprozessen bekannt sind, Oberfeldwebel Stelzelberg, Leutnant Schürmann und der Führer des Regiments von Sendel, Freiherr von Sendel. Der letztere ist auch an der Ermordung eines Feldwebels, die noch unaufgeklärt ist, beteiligt.

Vom Tage

Die Forderungen der oberschlesischen Bergarbeiter wurden nach zum dritten Male stattfindenden Verhandlungen mit Hilfe des amtlichen Schlichtern abgelehnt. Der Schiedsspruch soll bis Dezember d. Js. Geltung haben.

Die Deutschnationalen haben im Landtag ein Mißtrauensvotum gegen Severing eingebracht.

Zwischen Nationalsozialisten und deutschsozialen Volksbund kam es bei einer Hitlerversammlung in Nürnberg zu tätlichen Zusammenstößen zwischen beiden Gruppen.

Die Straßenbahner in Magdeburg sind in der Streik getreten.

In Lüben in Schlesien fand zu Ehren Hindenburgs ein Fackelzug statt, an dem die vaterländischen Verbände im Verein mit dem Reichsbanner teilnahmen.

Weitere Ausdehnung des Typhus in Schlesien

Bereits gestern meldeten wir 16 Typhusfälle in Ziegenhals, von denen zwei tödlich verlaufen sind. Jetzt werden weitere neun Fälle aus Reichenbach gemeldet, davon ist bereits eine Frau gestorben. Auch auf der Neuroder Seite des Eulengebirges, so in Buchau bei Neurode, wurden Typhuserkrankungen festgestellt. In Gottesberg ist bei dem verstorbenen Bergmann Pohl behördlicherseits Genickstarre als Todesursache festgestellt worden.

Die Wirtschaftskrise in Schlesien

Vor neuen Arbeiterentlassungen

Das Niederschlesische Landesarbeitsamt meldet:

In der Industrie der Steine und Erden entließen die Vereinigten Schamottefabriken in Saarau, Kreis Schweidnitz, 40 Arbeitskräfte infolge Rückgangs der Beschäftigungsmöglichkeit. Auch sonst wurden vereinzelt Entlassungen in der Ziegelindustrie beobachtet. Im Glatzer Bezirk befinden sich die Glasarbeiter im Streik.

In der Breslauer Metallindustrie wurden weitere Entlassungen von Schlossern und Klemptnern vorgenommen. Ebenso sind größere Entlassungen bei den Archimedes-Werken in Ausficht gestellt. Auch die Eisenbahnwerkstätten in Breslau entließen weitere Facharbeiter. In Görlitz werden voraussichtlich in nächster Zeit bei der dortigen Waggon- und Maschinenbauanstalt etwa 100 Arbeitskräfte infolge Auftragsmangels zur Entlassung gelangen.

Im Spinnstoffgewerbe fanden weitere Entlassungen bei einer Spinnerei in Altwasser statt. In Sagan wurde die Belegschaft einer in Konkurs geratenen Tuchfabrik vollzählig entlassen (etwa 150 Kräfte).

In der Lederindustrie stellte eine Haynauer Firma die von ihr entlassenen Färber wieder ein.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe wird über einen weiteren Beschäftigungsrückgang des Hirschberger Bezirks berichtet. Ebenso hält die Kurzarbeit einer Streichholzfabrik in Habelschwerdt an. Dagegen konnten zu einer Lichtenwalder Holzwarenfabrik, Kreis Habelschwerdt, frühere Arbeiterinnen vermittelt werden. Auch in Ohlau fanden weitere Entlassungen bei der Firma Tuchscherer statt.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe fanden weitere Entlassungen von Zigarrenarbeitern statt in Jauer und Brieg. In Breslau entließ eine größere Zigarettenfabrik eine Anzahl Arbeitskräfte.

Nachklänge zur Freitag-Demonstration

Schupoüberfall auf Demonstranten

Breslau, 5. Oktober.

Wie uns am Sonnabend nach Schluß der Redaktion mitgeteilt wurde, überfielen einige Schupobeamte, nachdem die Demonstration am Königsplatz bereits aufgelöst war, friedlich heimkehrende Arbeiter in der Westendstraße ohne jeden Anlaß. Einen auf dem Bürgersteig gehenden Arbeiter wurde durch einen Säbelhieb der Daumen verletzt. Auch einige Reichsbannerleute wurden in der Westendstraße von Schupobeamten überfallen und blutig mißhandelt. Unter der Breslauer Arbeiterschaft herrscht über diese Vorgänge außerordentliche Entrüstung. Wir kommen auf diese Vorfälle noch zurück und werden das Verhalten der Schupo auf Grund der Berichte von Augenzeugen brandmarken.

Eine neue Preis-„Aktion" Luthers

Luther erklärt, daß er seinen Preisabbauwechsel am 1. Oktober nicht einlösen wird. Er prolongiert ihn. Er gibt zu, daß er ein lauter Zahler ist. Er unterstreicht seine Ohnmacht gegen die Kartelle, die Preise herabzusetzen durch ein neues Versprechen, durch einen neuen Wechsel.

In einer amtlichen Erklärung will die Regierung noch einmal die Dringlichkeit des Preisabbaues betonen. Sie weist auf ihren „großen Erfolg", die Tarifherabsetzung bei der Eisenbahn hin. Doch der Tarifherabsetzung folgt die Preisherabsetzung ebensowenig wie bei den Steuerherabsetzungen. Die Großkapitalisten haben nach beiden geschrien, aber nicht um die Preise zu senken, sondern um ihre Profite zu erhöhen.

Die Lutherregierung weist weiter auf die Herabsetzung der Zinsen bei den öffentlichen Banken hin, doch die dadurch entstandenen Zinsdifferenzen haben die Großbanken geschluckt. Auf ihrem Bankiertag haben sie in Gegenwart des Wirtschaftsministers Neuhaus erklärt, daß sie nicht daran denken, ihre Zinsen zu ermäßigen. Die angekündigte Klage gegen die Textilkartelle wegen der Berechnung der Preise in Dollars hat sich als ein lächerlicher Lufthieb entpuppt. Doch die Regierung ist entschlossen, noch mehr solcher Lufthiebe zu führen. Sie erklärt, daß dieses Vorgehen gegen die Textilkartelle noch nicht das letzte sei. Inzwischen verhandeln die Vertreter des Industrie- und Handelstages, das Großkapital, mit Luther, um ihn von der Notwendigkeit der großkapitalistischen Kartelle zu überzeugen; inzwischen erklären die Handelskammern in Essen und Hamburg, daß die Monopolpreise dieser Kartelle dem deutschen Volke nötiger sind als ein Bissen Brot.

Mit solchen Lächerlichkeiten glaubt die Regierung des Bürgerblocks, die die Preise durch die Zölle, die Einfuhrscheine, die Steuern im Interesse des Industriekapitals und des Junkertums in die Höhe gejagt hat, eine Preisermäßigung von 30 bis 40 Prozent in Aussicht zu stellen. Seit der ersten Preisabbauaktion Luthers im August sind die Preise gestiegen. Nach der Prolongation seines faulen Wechsels werden sie nur noch schneller steigen.

Die Bürgerblockregierung ist eben die Agentin der wuchernden Kartelle des Großkapitals, der brotverteuernden Junker: sie muß deren Politik des Preiswuchers durchführen. Alles andere ist Unsinn, leere Phrasen.

Der Kampf um den Preisabbau ist ein politischer Kampf gegen diese Regierung, ein politischer Kampf aller in den Gewerkschaften geeinigten Werktätigen um die Sicherung ihrer Existenz, um die Durchführung des Achtstundentages, die Kontrolle der Arbeits- und Produktionsbedingungen. Er ist ein Kampf gegen die Luther-Steuern, die Luther-Zölle und gegen die Lutherregierung.

SPD.-Landrat Vogt vor Gericht

Das Liebenwerdaer Gegenstück zum Prozeß gegen die adligen Kreditschieber

Vor dem Schöffengericht in Torgau hat der Prozeß gegen den früheren Landrat des Kreises Liebenwerda, den Sozialdemokraten Max Vogl und den Direktor der Liebenwerdaer Sparkasse, Walter Merres, wegen Betrug, Untreue und Urkundenfälschung bezw. Anstiftung und Beihilfe dazu begonnen. Der SPD.-Landrat Vogl war bekanntlich vom Kreisausschuß bevollmächtigt, 500 000 Mark zum Ankauf eines Forstgrundstücks zu beschaffen. Er ließ sich von zwei Ausschußmitgliedern zwei Blankowechsel geben, wobei er ihnen zusicherte, daß keine höhere Summe als 500 000 Mark aufgenommen würde. Merres besorgte 500 000 Mark von der Lutzenstädtischen Bank in Berlin, füllte jedoch die Blankowechsel in Höhe von einer Million Mark aus, verpflichtete also die Sparkasse für diesen Betrag, um als Gegenleistung für die überschüssigen 500 000 Mark zwei Sicherungswechsel von der Bank über 150 000 und 350 000 Mark zu erhalten. Ende Februar 1925 brach die Lutzenstädtische Bank zusammen und die 500 000 Mark gingen für den Kreis verloren. Nunmehr ließen sich die Angeklagten mit einem Wurstfabrikanten Schmidthals aus Rügenwalde auf weitere Kreditgeschäfte ein, bei denen mit Hilfe eines gefälschten Sparkassenbuches die Kreissparkasse um weitere hohe Beträge geschädigt wurde. Der SPD.-Landrat Vogt hatte von Schmidthals ein Darlehen in Höhe von 2650 Mark und erbat später vergeblich brieflich ein weiteres Darlehen von 1000 Mark.

Der erste Verhandlungstag war mit der Vernehmung der Angeklagten ausgefüllt und ergab u. a., daß die Rügenwalder Fabrik von Schmidthals bei der Kredithergabe tatsächlich schon stillgelegt war.

Der Angeklagte Merres belastet seinen Vorgesetzten Vogl sehr. Er sagt: „Hätte Vogel gesagt, wir machen die Sache nicht, dann wäre die Angelegenheit erledigt gewesen. Vogl hat mich einmal aufgefordert, seine Unterschrift auf einer Urkunde nachzumachen. Das habe ich aber entschieden abgelehnt." Vogl behauptet demgegenüber, er habe lediglich, als die Kreissparkasse einmal einen Wechsel mit undeutlichem Stempel erhielt, gesagt, eine Unterschrift kann man ja leicht machen, wenn man das Papier gegen das Licht hält und dann nachzieht. Darauf habe Merres ihm geschildert, wie man einen Stempel mit Hilfe eines hartgekochten Eies auf ein anderes Schriftstück übertrage.

Vogl schildert dann, wie er Schmidthals infolge mißlicher Familienverhältnisse angepumpt habe. Vors.: „Merres hat behauptet, daß Sie in einem Berliner Lokal, nachdem Sie sehr viel getrunken hatten, Schmidthals mit 50 Mark anborgen wollten." Vogl: „Daß ich mit ihm zusammen ausgegangen bin, ist richtig, aber von Anborgen ist keine Rede." Im übrigen bestreitet Vogl, über seine Verhältnisse hinaus gelebt zu haben, gibt aber zu, sich während der Inflationszeit ein Auto gekauft zu haben.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird dem Angeklagten Merres vorgehalten, daß er die Girokarten der Girokasse Halle, die diese nach Empfang eines Betrages von 350 000 Mark für die Sparkasse Liebenwerda an diese sandte, zurückgehalten und zu seinen Akten genommen, mit anderen Worten, eine amtliche Urkunde beiseite geschafft habe. Merres erklärt: Ich hatte von Vogl die Anweisung, die ganze Angelegenheit geheim zu halten." Der erste Zeuge, Bürgermeister Stichler aus Elsterwerda, hat seinerzeit gegen Vogl eine Anzeige wegen Urkundenfälschung erstattet, weil der Beschluß über die Beschaffung des Geldes zunächst nur von einem Teil der Mitglieder des Kreisausschusses gefaßt worden war. Aus dieser Anzeige wurde nichts, weil der Regierungspräsident die Angelegenheit mit den später erfolgenden Beschlüssen des Kreistages als erledigt bezeichnete. Zwei weitere Zeugen, Stadtrat Köhler-Kassel, Mitinhaber des Bankhauses Schirmer, und Bürovorsteher Wiesenthal von der Spar- und Girokasse Potsdam, haben auf das Giro der Kreissparkasse Liebenwerda hin Gelder gegen Wechsel gegeben. Jetzt weigert sich die Kreissparkasse zu zahlen, weil die Unterschrift auf unerlaubten Handlungen von Vogl und Merres beruhe. Der Gutsbesitzer Karl Winkert und Amtsvorsteher Dietrich haben die Unterschriften unter die Blankowechsel als Mitglieder des Kreisausschusses gegeben. Sie hätten das niemals getan, wenn sie gewußt hätten, daß es sich um eine höhere Summe, als vom Kreistag beschlossen war, handele. Der Zeuge Zacher vom Bankhaus Lemberg in Berlin hat den zweiten Kredit für Schmidthals auf Grund eines Sparkassenbuches gegeben. Er hätte sich nicht darauf eingelassen, wenn er gewußt hätte, daß es sich um eine geheime Angelegenheit der Angeklagten zugunsten einer Fleischkonservenfabrik handelte. Bürovorsteher Bankwitz vom Reichs-Knappschaftsverein legt das gefälschte Sparkassenbuch vor, auf Grund dessen der Reichs-Knappschaftsverein 350 000 Mark hergab, von denen nur 50 000 Mark zurückzubekommen waren. Die Verhandlung geht weiter.

Genossen! Die Werbearbeit vom Sonntag wird fortgesetzt!

Der rote Späher

Aus dem Tagebuch des Bäckers Lissitschkin

Erzählung aus Sibirien von Neskatschny

I.

Auf der Spur eines Spions.

Im Krieg gegen den General der Reaktion, Kolschak. Man schrieb 1919. — —

Unfaßbar! Mitten im Roten Hauptquartier der Ural-Front gabs also einen Spion!

Darüber konnte nun absolut kein Zweifel mehr bestehen. Seit zehn Tagen fielen alle unsere, den Weißen zugedachten Ueberraschungen, eine nach der anderen, ins Wasser.

Wir hatten geplant, beim Dorf Lutwjanny den weißgardistischen Transport abzufangen, die Eisenbahnbrücken über den Fluß Kamenka, im Rücken der Weißen, zu sprengen, den Stab der 6. weißgardistischen Kavalleriebrigade gefangenzunehmen.

Alle diese drei Operationen hätten uns mit absoluter Sicherheit glücken müssen, ohne daß wir dabei etwas aufs Spiel gesetzt hätten, da alle Umstände aufs sorgfältigste erforscht und berechnet worden waren!

Und trotzdem waren sie alle ins Wasser gefallen!

Ich saß gerade in meinem Arbeitszimmer, als man mir die letzten Bericht der Unsrigen, sowie die der Weißgardisten brachte. Aus den Berichten erfuhr ich, daß die roten Partisanen des Genossen Schischiotkin bei ihrem Angriff auf den Stab der 6. Kavalleriebrigade in einen Hinterhalt gelockt und bis auf den letzten Mann niedergemacht worden waren.

Das war der Inhalt des letzten weißgardistischen Berichtes, den wir im übrigen fast ebenso regelmäßig erhielten, wie die Weißen selbst. In dieser Hinsicht war unser Spionageapparat wie ich mit Stolz sagen darf, vorzüglich organisiert.

Ich drehte den Bericht in den Händen, las ihn immer wieder und wieder, bemüht, zwischen den Zeilen irgend etwas herauszulesen oder irgend ein Wort zu finden, das einen Anhaltspunkt für die Erklärung unserer Mißerfolge geben könnte.

Bedenksam waren die Worte des weißen Berichts:

„Wie zu erwarten war ..."

Die erwähnten drei Kriegsoperationen, darunter auch der Plan des Genossen Schischiotkin, waren ausschließlich von dem Armeekommandanten, Gen. Petroff, mir, als Mitglied des Revolutionsrates der Armee und dem Stabsleiter, Genossen Chosow entworfen und ausgearbeitet worden. Außer uns dreien waren in diese Pläne natürlich die drei jeweilig eingreifenden Truppenführer der Partisanen eingeweiht, die mit der unmittelbaren Ausführung der Teiloperationen betraut worden waren. Aber auch von ihnen konnte jedem immer nur die von ihm auszuführende Aktion bekannt sein.

Und trotzdem die Worte:

„Wie zu erwarten war ..."

Der Generalstab der Weißen hatte also im voraus Kenntnis von unseren Operationen gehabt, den Stab der 6. Kavallerietruppe, die Leiter des Transportes und die Brückenwache im voraus davon verständigt, so daß sie alle imstande waren, ihrerseits den Unsrigen Fallen zu stellen ...

Hol's der Teufel! ... Unsere ganze weitere Arbeit kann auf diese Weise zunichte werden. In unserer Mitte, in unserem Stabsquartier, trieb ein Spion sein Handwerk! Aber wer! Auf welche Weise beschafft er sich die geheimsten Nachrichten? Wie gelangen unsere Geheimnisse so schnell zum Stab der Weißen?

Mein erster Gedanke war, daß sich die Weißen, heimlich an unser Telephonnetz angeschlossen haben könnten. Dieses Mittel wurde häufig sowohl von uns wie von ihnen angewandt.

Aber das konnte es nicht sein. Es ist zwar eine Telephondepesche über den ersten Plan — die Erbeutung des Transportes, — abgegangen, und zwar an den Divisionsleiter, aus dessen Stellung wir den Ueberfall übernehmen wollten. Man hatte ihn benachrichtigen müssen, damit er in Bereitschaft stehe. Aber diese Telephondepesche hatten wir in einer ganz geheimen Chiffre verfaßt, die nur zwei Genossen im Stabsquartier bekannt sein konnte — dem Divisionsleiter und dem Stabsleiter der Division.

Ueber die zweite und dritte Teiloperation aber waren überhaupt keine Mitteilungen irgendwelcher Art nach außen gedrungen.

Außer uns dreien und den Leitern der betreffenden Teiloperationen konnte niemand auch nur eine Ahnung von irgend einem Zusammenhang unserer Maßnahmen haben. Und trotzdem, ein Mißerfolg nach dem anderen! Kein Zweifel, in unserer Mitte befindet sich ein Spion.

Aber wer? Wer war dieser Spion?

Ich griff nach der Namensliste derjenigen, welche sich in unserem Stabsquartier aufhielten und blätterte sie durch.

Da stand zu oberst der Name unseres Armeekommandanten, des Genossen Petroff, eines alten, erprobten, in allen Verfolgungen der zaristischen Blutherrschaft festgebliebenen Bolschewiken, der seine Ueberzeugungstreue in vielen langen Kämpfen der Partei erwiesen hatte. Er war Schlosser von Beruf. Wurde als revolutionärer Kämpfer zweimal in die Verbannung geschickt und flüchtete jedesmal, um wieder für die Partei zu arbeiten. Er mußte auch lange Jahre in der Emigration im Auslande leben.

Unsere roten Soldaten schenkten ihm blindes Vertrauen und folgten seinen Befehlen in unbedingter Ergebenheit. Sie wußten: seine Arbeit galt Tag und Nacht der Revolution.

Sodann: — ich, Lissitschkin, ein alter Bolschewik und Bäcker. Schon als Knabe, als Bäckerlehrling, schloß ich mich der Bewegung an, kämpfte 1905 auf den Barrikaden, flüchtete ins Ausland, lebte in der Emigration als Bäcker — in Konstantinopel, Paris und London, und kehrte im Jahre 1917 nach Rußland zurück, wo ich mich der revolutionären Arbeit hingab. Vor kurzem hat mich die Partei mobilisiert und hierher geschickt als Mitglied des revolutionären Kriegsrats der Armee.

Der dritte — Chosow, unser Stabsleiter. Ein noch verhältnismäßig junger Mann von 26—27 Jahren, ehemaliger Fähnrich, aber mit bedeutender revolutionärer Vergangenheit. 1917 stellte er sich entschlossen auf die Seite des Proletariats, war der erste rote Kommandant in einer großen Stadt im Süden, verhaftete einmal dort an der Südfront einen ganzen Offiziers-Kongreß, wurde dafür zum Tode verurteilt, verschwand, wurde von dem Offiziersbund steckbrieflich verfolgt, flüchtete nochmals, lebte bis zum Oktober 1917 illegal, gründete dann eine rotgardistische Gruppe, an deren Spitze er selbst kämpfte. Mit dieser Truppe eroberte er mehrere Städte und organisierte in ihnen die Rätemacht. Zu unserem Stabsleiter ernannt, erwies er sich von Anfang an als der verläßlichste und hingebungsvollste Revolutionsarbeiter. Er war uns teuer als ein Stratege, der durch eigene Kraft aus unseren Reihen hervorgegangen.

Dann kamen die übrigen Mitarbeiter des Stabsquartiers. Erst wollte ich auch ihre Personalien durchstudieren, ließ es aber bleiben. Das wäre absolut zwecklos gewesen.

Nur wir drei hatten von dieser Sache etwas wissen können.

Ich stand vor einem unlösbaren Rätsel.

Nur wir drei konnten etwas wissen.

Die verfluchten Worte: „Wie zu erwarten war ..."

Da! Ich Dummkopf! Ich sprang sogar vom Stuhl auf. Nicht bei uns im Stabsquartier, sondern bei den Weißen, in ihrem Generalstab müßten Fäden gefunden werden, die zur Entwirrung des Knäuels führten. Ja! Dort und sonst! Es galt zunächst, zu erfahren, auf welche Weise unsere geheimsten Pläne erfuhren; dann erst kann man gehen, aufzuklären, wer ihnen das Material übermittelt, wer der Spion ist. —

(Fortsetzung folgt.)

Belohnter Arbeitermord

Im Preußischen Landtag brachte die kommunistische Fraktion die folgende Anfrage ein:

„Der Besitzer Moritz von Schwenthainen (Ostpreußen) erschoß am 14. August 1925 den Streckenarbeiter Pitarski, der sich angeblich an den Obstbäumen des Moritz vergriffen haben soll. Auf Antrag des Staatsanwalts sprach das Amtsgericht Marggrabowo den Täter frei, da dem Angeklagten nicht nachzuweisen sei, daß er fahrlässig gehandelt habe. Außerdem müsse ihm die spannende Aufregung zugute gehalten werden. Lediglich weil er keinen Waffenschein bei Ausübung der Mordtat besessen hat, wurde er zu einer Geldstrafe von 3 M. verurteilt.

Wir fragen das Justizministerium, ob es sofort eine Revision dieses skandalösen Urteils, das wie eine Belohnung des Arbeitermordes aussieht, erwirken, diejenigen Gerichtspersonen, die an dem Urteil mitwirkten, sofort ihres Amtes entheben und eine angemessene Entschädigung den Hinterbliebenen des Pitarski auszahlen will."

Der englische Imperialismus und die chinesische Gegenrevolution

Von O. W. (Moskau).

Die Ereignisse in China haben gezeigt, daß die in den letzten zwanzig Jahren vor sich gegangenen sozialen Aenderungen in China — Industrialisierung Chinas, Bildung einer modernen Bourgeoisie und eines Proletariats — eine neue Aera herbeigeführt haben, eine Aera, in der sich das zerstückelte China zu einem Ganzen vereinigen will. Gleichzeitig haben die Ereignisse in China aller Welt klargemacht, daß das chinesische Proletariat zur Vorhut dieser nationalen Bewegung geworden ist und daß ihr die ganze Dorf- und Stadtarmut zu Hilfe eilt. Dies haben sogar weitsichtigere bürgerliche Schriftsteller Englands und Amerikas begriffen und daraus den Schluß gezogen, daß die Zeit der Behandlung Chinas als eines Koloniallandes vorbei ist und daß die Fortsetzung der früheren Politik zu einem Kampfe führen muß, der die Welt erschüttern wird.

Die englische Bourgeoisie will und kann allerdings diese einfache Wahrheit nicht verstehen. Denn diese würde den Verzicht auf ihre imperialistische Politik, auf die Beherrschung Chinas, die England gewaltige Gewinne gebracht hat, bedeuten. Sie konnte zwei Wege beschreiten: den Weg der äußeren Intervention mit eigenen bewaffneten Kräften und den Weg der inneren Intervention, die Mobilisierung der bewaffneten Kräfte der chinesischen Gegenrevolution. Der erste Weg war versperrt. Er erforderte erstens außerordentliche Ausgaben, zweitens die Schaffung einer Einheitsfront der imperialistischen Mächte, und trug drittens in sich den Keim eines großen Krieges im fernen Osten. So hat also der englische Imperialismus sich darauf verlegt, mit Hilfe der chinesischen Gegenrevolution den Krieg gegen die chinesische Revolution zu führen. Der Beginn dieses Krieges ist bereits da, und zwar an den Fronten von Kanton und Schanghai.

Auf der Front von Kanton haben die militärischen Operationen von Tschen-Tschu-Min eingesetzt; sie sind darauf gerichtet, die Möglichkeit zu vernichten, aus Kanton ein mit Hongkong, durch das ein Viertel des Gesamtumsatzes des chinesischen Außenhandels geht, konkurrierendes Zentrum zu schaffen. Kanton wird zu einem gefährlichen Konkurrenten der englischen Kolonie Hongkong werden, wenn in Kanton ein Hafen für tiefgängige Schiffe geschaffen und wenn er durch eine Eisenbahn mit Swatau verbunden wird, dem Hafen, der sich nördlich von Hongkong befindet. Die Regierung von Kanton hat sowohl an das eine wie an das andere gedacht, und es sollen darüber auch Verhandlungen mit dem Bankenkonsortium Morgan eingeleitet sein. Jetzt hat der General Tschen-Tschu-Min, der bis jetzt in der Provinz Kwantung tätig war, an der Spitze von Freischaren Swatau besetzt. Die Behörden von Swatau sind abgezogen, und so entsteht die Frage, ob die jungen Truppen der Regierung von Kanton imstande sein werden, Tschen-Tschu-Min, der von den Engländern bewaffnet wurde, zu schlagen. Die inneren Kampfesbedingungen haben sich für die Regierung von Kanton verbessert, denn die Kantonregierung hat es seit dem Augenblicke ihres Ruckes nach links verstanden, sich mit der Bauernschaft zu verbinden. Es besteht aber darüber kein Zweifel, daß sich die Engländer bemühen werden, auch in Kanton die rechten Elemente auf die Füße zu bringen, die von der Kaufmannschaft geführt werden. Diese werden sich jetzt nicht scheuen, Tschen-Tschu-Min zu unterstützen, denn sie wollen um jeden Preis den Boykott der englischen Waren in Kanton überwinden, der ihnen täglich einen gewaltigen Verlust verursacht.

Die zweite Angriffslinie ist Schanghai. Der Streik in den englischen Fabriken und der Boykott der englischen Waren dauert an, wodurch der englischen Bourgeoisie ungeheure Verluste zugefügt werden. Aber der größte Schlag gegen sie ist der Verlust ihres Ansehens. Die Fortsetzung des Boykotts der englischen Waren bringt die Drohung mit sich, daß die chinesischen Kaufleute sich andere Quellen europäischer Waren suchen werden. Wie aber sollen die heldenhaften Arbeiter besiegt werden? Sie haben sich dank der Sammlungen der Studenten und der freiwilligen Beiträge der chinesischen Kaufmannschaft, die durch die öffentliche Meinung ebenso wie die russische Bourgeoisie vor dem Dezember 1905 genötigt war, die Streikenden zu unterstützen, gehalten. Daher sind die gemeinsamen Anstrengungen der britischen Imperialisten und der chinesischen Konterrevolutionäre darauf gerichtet, das Zentrum der Arbeiter, den Gewerkschaftsrat, der die Arbeiterschaft führt und der durch seine Appelle an die öffentliche Meinung die Kaufmannschaft zwingt, für den Kampf gegen den ausländischen Imperialismus Spende zu leisten, zu zerstören.

Der erste Versuch einer Zertrümmerung des Gewerkschaftsrates mit Hilfe von Lumpenproletariern ist mißlungen. Jetzt scheint den Feinden aber die Zeit gekommen, mit den bewaffneten Kräften zu operieren, die sich in Schanghai befinden. Diese Kräfte sind die Truppen Tschang-Tso-Lins. Bisher hatte es Tschang-Tso-Lin aus Furcht vor einer Zersetzung seiner Truppen nicht gewagt, die Arbeitermassen von Schanghai anzugreifen, obgleich ihm dies verlockend schien, um dem englischen und dem amerikanischen Kapital zu zeigen, daß er ungeachtet seiner Verbindung mit Japan bereit ist, auch ihnen zu dienen. Aber nachdem die Erschießungen von Arbeitern im Norden Chinas, in Tientsin, keine Bewegung im Heere hervorgerufen hatten, beschloß Tschang-Tso-Lin, es auch in Schanghai zu wagen.

Die Kundgebungen der Studenten in Peking, die von der Polizei auseinandertrieben wurden, sind bisher der erste Widerhall auf die neuen Ereignisse in Schanghai. Die weitere Entwicklung der Operationen Tschang-Tso-Lins wird davon abhängen, ob für die Schanghaier Arbeiter in den anderen Zentren Chinas Hilfe kommt oder nicht.

Das dritte im gegebenen Augenblick entscheidende Schlachtfeld kann die Front im Norden werden. Tschang-Tso-Lin ist durch das Wachstum der Organisation und des Einflusses der Volksarmee von Fen-Hsiu-Yang schwer beunruhigt. Er hat bereits erklärt, daß er die Besetzung der Provinz Schansi durch die Truppen seines Mitbewerbers nicht zulassen werde. Die Front Tschang-Tso-Lins hat sich von der Mandschurei bis Schanghai ausgedehnt. Sein Heer besteht aus 200 000 bis 300 000 Soldaten, was für eine so ausgedehnte Front sehr wenig ist. Diese Front ist auf der ganzen Linie leicht zu durchbrechen. Wenn Tschang-Tso-Lin sich entschließt, zum Angriffe überzugehen, werden wir den ersten allgemeinen Zusammenstoß zwischen den Kräften der Revolution und der Gegenrevolution in China erleben.

Die Engländer provozieren diesen Zusammenstoß. Denn gelänge es ihnen, daraus siegreich hervorzugehen, so hätten sie freies Feld für die für den Oktober einberufene Konferenz zur Regelung der Frage der Zölle und Exterritorialrechte der Imperialisten in China. Bekanntlich ist diese Konferenz auf Grund von Beschlüssen der Washingtoner Konferenz einberufen worden. Die Engländer beteiligen sich nicht ohne Furcht an ihr, denn sie haben beschlossen, mit minimalen Zugeständnissen hervorzutreten. Sie sind nur bereit, eine Erhöhung der Zölle um 2½ Prozent zuzulassen (bis jetzt betrugen diese Zölle 5 Prozent und 2½ Prozent vom Werte anstatt innerer Zölle). Die chinesische Bourgeoisie aber verlangt volle Freiheit für die Festsetzung der Zölle, um ihre Aussichten im Wettbewerbe mit den Industrieprodukten des Auslandes zu erhöhen. Bezüglich der Vorrechte der ausländischen Kapitalisten in China wollen die Engländer überhaupt keine Zugeständnisse machen. Die Amerikaner dagegen sind geneigt, sich auf eine Diskussion über die Bedingungen der künftigen Reformen dieser Vorrechte zu beschränken. Es ist klar, daß eine in einer Atmosphäre der anwachsenden nationalen Bewegung einberufene Konferenz nur zur Radikalisierung der Stimmung der Massen führen kann. Darum braucht der englische Imperialismus so rasch wie möglich eine schwere Niederlage der revolutionären Kräfte Chinas, um sich eine Atempause zu verschaffen und sie zu einem Schacher mit der chinesischen Bourgeoisie und zur Schaffung einer Einheitsfront der Imperialisten zu benützen. Die nächsten Wochen können daher für den Gang der Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein.

Wenn ich meinem Chauffeur ein Monokel gekauft hätte . . .

Der Prozeß der deutschnationalen Zitzewitze

Tag für Tag bringt der Korruptionsprozeß der Landespfandbriefanstalt scheußlichere Enthüllungen. Die angeklagten adligen Herren von Zitzewitz, von Karstedt, von Oldorff zeigen, was so ein deutschnationaler Geschäftsmacher ist. Wahre Vertreter ihrer Klasse.

Herr von Karstedt: „Ich habe in der Zeit vom 18. März bis Anfang Mai 113 000 Mark entnommen. 70 000 Mark verwendete ich zu der Begleichung einer Schuld die übrigen 30 000 verwendete ich für mich. Ich vertauschte mein Automobil gegen ein neues und war genötigt, in Berlin im Hotel Bristol den Sommer zu bleiben. Mein Privatverbrauch betrug 5000 Mark im Monat und ich fühlte mich dazu berechtigt, weil ich nur durch das Geschäft in Berlin zurückgehalten war.“

Derselbe über den Direktor der Landespfandbriefanstalt, Herrn Nehring:

„Im übrigen hat auch Herr Nehring uns immer vorgerechnet, wieviel wir an dem Geschäft verdienen würden. Es schien mir, daß er durchaus einverstanden war, wenn wir unseren Lebensstil dem glänzenden Geschäft anpaßten.

Wenn der Arbeiter am Lohntag seine zehn Prozent Lohnsteuer abführt, kann er sich überlegen, durch welche staatlichen Kanäle dieses sein Geld, der Preis seines Schweißes, in die gierigen Spekulantenfinger dieser Zitzewitze und Karstedts wandert und worin deren feudale „Anpassung des Lebensstils“ ist, ein parfümierter Ausdruck für das Banditentum deutschnationaler Geschäftemacher, die — wie Herr v. Oldorff über Herrn v. Tarlowitz — unter sich aussprechen:

„Ach — der, für 1000 Mark schwört er, was man will.“

Wie macht man es, wenn man feudales Glied einer feudalen Kaste, Mitglied einer Ausbeuterkaste ist, wenn man einen altpreußischen Titel und das Bedürfnis nach einem „glänzenden Geschäft“ und entsprechender „Anpassung des Lebensstils“ hat? Herr v. Karstedt gibt darüber Auskunft; er kennt das „Allerheiligste“ im Geschäftstempel der Ausbeuterklasse: den Kredit. Herr v. Karstedt hat auch den Schlüssel dazu, der ihm die heiligen Kassenschränke des Kredits eröffnet.

„Wozu“ — so ruft der noble Junker aus, indem er auf die kreditgewaltigen Direktoren der Landespfandbriefanstalt hinweist — wozu haben wir eigentlich den alten Herrn aus Hinterpommern bemüht? Wenn ich meinem Chauffeur ein Monokel gekauft hätte und wäre mit ihm zur Landespfandbriefanstalt hinaufgegangen, so hätte das auch genügt.“

. . . Genügt, um aus den Kassenschränken des heiligen Kredits ansehnlichste Beute zu machen. Für die Zitzewitze und Karstedts wäre das Brecheisen, der Schrankknacker, das Autogengebläse des modernen Schrankknackers nicht nur riskant und gefährlich, sondern auch nicht „standesgemäß“ — aber nicht nur nicht standesgemäß, sondern auch völlig überflüssig gewesen. Ein Monokel genügt.

Vorläufig wenigstens, solange die Herren Junker und Bourgeois die Zitzewitze und Barmats, noch an der Macht sind — sobald die Arbeiter die Macht erobert haben, wird selbstverständlich für die Zitzewitze, wenn sie bis dahin nicht totgeschlagen sein sollten, auch das Brecheisen „standesgemäß“, wie dies unzählige Raub-, Einbruchs-, Betrugsprozesse gegen emigrierte russische Junker in Deutschland schon gezeigt haben.

Der Prozeß gegen die Zitzewitze ist das deutschnationale Gegenstück zum sozialdemokratischen Barmatprozeß. Die Korruption wenigstens ist der Boden, der „angepaßte Lebensstil“, der die Heilmänner und Bauers mit den Zitzewitzen und Karstedts vereinigt. Dennoch ist natürlich ein großer Unterschied. Die Barmatgesellschaft — das ist das „seriöse“, „hochpolitische“, schlau kalkulierende Schiebertum. Die Zitzewiterei aber ist systematisch und großzügig angewandte Hochstapelei. Diese feudal-zitzewitzische Privatgaunerei ist die „finanzpolitische“ Kehrseite der deutschnationalen politischen Parteigaunerei. Der Prozeß der Zitzewitze ist der Prozeß der Deutschnationalen. Das deutschnational-junkerliche Monokel ist ein bedeutend billigerer Geldschrankknacker als das sozialdemokratische Parlamentsmandat, das nicht beim Optiker, sondern nur bei betrogenen, übers Ohr gehauenen Arbeitermassen zu beschaffen ist. Die Barmats hatten es aber immerhin noch schwerer, den Schlüssel zum Allerheiligsten des öffentlichen Kredits zu beschaffen als die deutschnationalen Zitzewitze, bei denen schon ein deutschnational-vornehmer Blick durchs Monokel den Kassenschrank öffnete. Denn dieses Monokel verkörperte die „kreditwürdige“ Autorität einer ganzen uralten Banditenkaste. Ob es auf der Nase eines Räubermörders oder eines v. Karstedt saß oder ob es v. Karstedt seinem Chauffeur gekauft hätte, das wäre gleichgültig gewesen. Herr v. Carstedt verfügt in der Tat über eine ausgezeichnete „theoretische“ wie „praktische“ Einsicht in das bürgerlich-junkerliche Staatswesen, Kreditwesen, Bürokratentum und in die tausend gesetzlich geschützten Möglichkeiten, „glänzende Geschäfte“ zu machen und ihnen „den Lebensstil“ anzupassen.

Einheitsfront gegen die Raubkriege

Paris, 2. Oktober.

Das Zentralkomitee hat an die Generalsekretäre der sozialistischen Partei und der CGT. folgendes Schreiben gerichtet:

„Trotz ihrer trügerischen Friedensversprechungen hat die Regierung Painleve den verbrecherischen Marokkokrieg weiter ausgedehnt, indem sie zu grausamen Offensiven gegen das Rifvolk schritt, das seine Unabhängigkeit verteidigt, und indem sie einen tödlichen und kostspieligen Winterfeldzug vorbereitet.

Dazu kommt Syrien als neues koloniales Schlachtfeld und zweites Marokko.

Da die sozialistische Partei in ihren Nationalkongreß ihre Gegnerschaft gegen den Marokkokrieg bekräftigt hat, haben Sie in ihrem Namen an die Regierung eine Aufforderung zur sofortigen Einberufung der Kammer gerichtet.

Das Zentralkomitee ist bereit, ohne sich über die Rolle des bürgerlichen Parlaments Illusionen zu machen, mit unseren sozialistischen Kameraden diese Aufforderung zu unterstützen, indem es folgende Ziele vorschlägt:

Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten.

Freilassung aller wegen ihres Kampfes gegen den Krieg zivilen und militärischen Eingekerkerten.

Wiedereinstellung aller wegen Streikvergehen entlassenen Lohnempfänger (Eisenbahner von 1920, Transportarbeiter und Angestellte, Bankbeamte).

Ersetzung der Caillaux-Steuern durch eine progressive Kapitalsteuer.

Das Zentralkomitee ist der Ansicht, daß diese Ziele nur erreicht werden können durch methodische Agitation der gesamten Arbeiterklasse und schlägt Euch infolgedessen vor, an seiner Seite an der Vorbereitung des

24stündigen Generalstreiks

unter obigen Parolen teilzunehmen.

Es benachrichtigt Euch, daß es bereit ist, mit Euren Delegierten an einem zu bestimmenden Ort und Datum zusammenzukommen, um im einzelnen die Vorschläge oder Gegenvorschläge zu prüfen, die auf dieses Schreiben gemacht werden.“

Faschismus und Gewerkschaften in Italien

Die Bourgeoisie versteht viel besser als das Proletariat wie wichtig es ist, die Vorgänge in der gegnerischen Front zu beobachten, um rechtzeitig und richtig handeln zu können. Einen solchen Beweis, wie die Bourgeoisie beobachtet, bildet auch ein Brief aus Rom, den sich das kapitalistische „Journal de Geneve“ über „Faschismus und Gewerkschaften“ in Italien schreiben läßt.

Der Brief erinnert zunächst daran, wie Mussolini vor dem „Marsch auf Rom“ in faschistischen Körperschaften alle Elemente zusammenfaßte, auch die Trümmer der von ihm zerschlagenen Gewerkschaften. Seine „nationalen“, d. h. faschistischen Gewerkschaften, erkannten aber bald, daß die Bekämpfung der alten Gewerkschaften ohne Konzessionen an den eigentlichen Faschismus nicht möglich sei.

Die Führer der „nationalen“ Gewerkschaften wurden aber durch die Forderungen der Mitglieder bald in schärfste Opposition zu jener Fraktion des Faschisten gedrängt, die konsequent nur die Interessen der Unternehmer vertrat. Dies bewirkte ein völliges Versagen der faschistischen Gewerkschaften.

Schließlich setzten sich die Unternehmer deshalb direkt mit den Betriebsräten in Verbindung, die aus antifaschistischen Elementen bestanden, und bewilligten Lohnerhöhungen. Dadurch wurden die faschistischen Quertreibereien und der „nationale“ Gewerkschaftsbund als solcher beiseite geschoben. Daher Proteste beider Organisationen; eine Verständigung war unmöglich, trotz Regierungsvermittlung. Schließlich kam doch ein Kompromiß zustande, die Unternehmer verpflichteten sich, die Betriebsräte nicht mehr anzuerkennen und die Gewerkschaftsfragen nur durch die „nationalen“, d. h. die faschistischen Gewerkschaften behandeln zu lassen. Dieses Kompromiß wurde ohne Beifall der Vertreter der alten freien Gewerkschaften geschlossen. Daher neuer Konflikt: „der Faschismus will ein Gewerkschaftsmonopol“. Im Verlauf der Diskussion ergreifen faschistische Blätter offen Partei für die Unternehmer.

Es zeigte sich also, daß im Faschismus ganz verschiedene Tendenzen vorhanden sind, nationalistisch-faschistisch einerseits und andererseits „altsozialistische“, vertreten, durch Ueberläufer zu Mussolini. Dies sind Spaltungssteine im Faschismus. Im Innern des Faschismus selbst sind schon Interessenkonflikte da, finden „Kollisionen“ statt. Bei fortschreitender Entwicklung werden sich wahrscheinlich Spaltungen vollziehen im Lande draußen und im Parlament.

Der bürgerliche Korrespondent glaubt, der Faschismus erbringe den Beweis, daß eine Diktatur, „gegründet auf einmütige Zustimmung und von gar keiner Opposition bekämpft“, etwas unmögliches sei.

Der Mann hat recht. Gerade daran wird der Faschismus zugrunde gehen, durch seine ausschließliche Gewaltmethode, die jede „Opposition“ niederknüppelt. Der Unterschied der Diktatur des Proletariats und der faschistischen Diktatur ist eben der, daß im Faschismus der Wille nur von oben nach unten geht, in der proletarischen Diktatur aber von unten nach oben. Faschismus ist Tyrannei, Einzelherrschaft, Zarismus; proletarische Diktatur ist organische Funktion der proletarischen Demokratie.

Gegen den weißen Terror in Bessarabien und Horthy-Ungarn

Eine von über tausend Gewerkschaftsfunktionären besuchte Versammlung, die am 1. Oktober in den Sophiensälen in Berlin tagte, nahm u. a. Stellung zu den ungeheuerlichen Methoden der rumänischen Regierung in Bessarabien und zu den in Horthy-Ungarn in Budapest gegenüber politischen Gefangenen.

In dem angenommenen Protest-Telegramm an die Horthy-Regierung heißt es u. a.:

„Sollte die ungarische Regierung über den Protest der Berliner und der übrigen internationalen Arbeiterschaft hinweggehen, so werden es die Berliner Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte als ihre größte Pflicht erachten, die Solidarität des gesamten internationalen Proletariats und aller Arbeiterorganisationen zu mobilisieren, um die ungarische Reaktion durch eine wirksame internationale Wirtschaftsblockade in ihre Grenzen zurückzuweisen.“

„An die rumänische Regierung!

Die am 1. Oktober 1925 in den Sophiensälen tagende Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte von Groß-Berlin nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Gerichtsmordhetze gegen die 500 bessarabischen Bauern. Sie protestiert ganz energisch gegen die Rohheiten, die an diesen Opfern ausgeübt werden.

Wir verlangen unter allen Umständen, daß diese unschuldigen Opfer der Bojarenherrschaft sofort freigelassen sind.

Sollte unserem Protest nicht stattgegeben werden, so verpflichten wir uns, die gesamte internationale Arbeiterschaft zu mobilisieren, um gegen die rumänische Reaktion eine wirksame, internationale Wirtschaftsblockade einzuleiten!“

Aus der russischen Wirtschaft

Das Naphthasyndikat schloß einen Vertrag mit der Bank „Argus“ in Barcelona ab. Laut Vertrag übernimmt die Bank das Monopolrecht für den Verkauf der sowjetrussischen Naphthaprodukte auf drei Jahre in Spanien, Portugal und den Kolonien dieser Länder. In diesem Zeitraum werden zusammen 80 000 Tonnen Naphthaprodukte verkauft werden, und zwar im ersten Jahre 15 000, im zweiten 23 000 und im dritten 42 000 Tonnen. Das Naphthasyndikat hat einen Gewinn- resp. Verlustanteil an dieser Transaktion von 25 Prozent.

Nach Angaben des Innenhandelskommissariats waren Mitte des Jahres 1925 102 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 164,8 Millionen Rubel in der Union registriert. Außerdem bestanden 18 Kreditaktiengesellschaften. Das Gesamtkapital aller 120 Gesellschaften erreichte die Summe von 336,6 Mill. Rubel. Die Bildung von Aktiengesellschaften wurde seitens des staatlichen Kapitals besonders bevorzugt. 12,7 Prozent der Aktiengesellschaften haben ausländische Teilnehmer oder russische Bürger inhaber von Aktien. Die Aktiengesellschaften sind meistens Handelsgesellschaften.

Wie organisiert die Zellenleitung den Vertrieb des „Parteiarbeiter"?

Laut Beschluß des 10. Parteitages erscheint ab 1. Oktober der „Parteiarbeiter" wieder regelmäßig jeden Monat. Sein Inhalt gibt über alle aktuellen organisatorischen Fragen der Partei Klarheit und zeigt durch die gesammelten Erfahrungen jedem Genossen neue Möglichkeiten und neue Methoden für die praktische Kleinarbeit.

Jede Zellenleitung muß mit aller Kraft dafür sorgen, daß auch der letzte Parteigenosse den „Parteiarbeiter" laufend bezieht und liest. Es ist nämlich mit Genossen, die über die organisatorischen Notwendigkeiten orientiert sind, viel leichter zu diskutieren, als wenn sie den Sinn und die Durchführung der Reorganisation noch nicht verstanden haben. Wie aber ist der Vertrieb des „Parteiarbeiters" am einfachsten möglich und wie erreicht man, daß jeder Genosse Bezieher dieser wichtigen organisatorischen Schrift wird?

Die Zellenleitung muß schon jetzt alle Vorbereitungen treffen und den Vertrieb sorgfältig organisieren. Der richtigste Weg wird sein, schon jetzt jeden Genossen auf das Erscheinen des „Parteiarbeiters" aufmerksam zu machen und ihn zur Bestellung desselben anzuhalten. Der Zellenobmann nimmt deshalb eine Liste und führt jedes Mitglied dort auf und teilt ihm mit, daß es am Tage des Erscheinens 20 Pfennige mitzubringen habe, und dafür den „Parteiarbeiter" bekomme. Der Obmann, oder wenn in der Zelle ein Literaturobmann ist, bestellt sofort bei der zuständigen Literaturstelle so viel „Parteiarbeiter", wie er Genossen auf seiner Liste aufgeführt hat. Sobald der „Parteiarbeiter" erschienen ist, wird er dem Obmann zugesandt und dieser nimmt die Verteilung an die Genossen vor und sammelt das Geld ein, das er dann sofort an die Literaturstelle abschickt, von der er den „Parteiarbeiter" bezogen hat.

Eine andere Methode kann noch angewandt werden, und zwar wird an einem bestimmten Datum im Monat ein Betrag von 20 Pfennig außer den Parteibeiträgen kassiert. Für diese 20 Pfennig Beitrag bekommt dann einfach jeder Genosse den „Parteiarbeiter".

So gibt es noch viel Möglichkeiten, die angewandt werden können. Jede Zellenleitung muß aber schon jetzt den Vertrieb vorbereiten unter der Parole, jeder Genosse liest den „Parteiarbeiter".

Hast Du den „Parteiarbeiter" bestellt?

Am 1. Oktober erscheint der PA. wieder. Er ist die zentrale organisatorische Monatsschrift der Partei. Seine Mitarbeiter sind Genossen aus allen Zellen, Ortsgruppen, Bezirken des ganzen Reiches. Er nimmt zu allen aktuellen Organisationsfragen Stellung, im jetzigen Moment besonders zur Umstellung der Organisationsform und der Methoden unserer gesamten Parteiarbeit. Der Inhalt ist nicht von Theorie vom grünen Tisch, sondern Erfahrungsmaterial aus der Praxis unserer Ortsgruppen, Zellen, Fraktionen. Für jeden Genossen, der nicht lediglich „Sympathisierender" innerhalb der Partei sein sondern aktiv mitarbeiten will, ist der Bezug des PA. unumgänglich nötig.

Die Leitungen müssen den Bezug des PA. sofort organisieren. Die Listen der Abonnenten müssen mit dem Geld (je 20 Pfennig) an die nächste Literaturstelle der Partei geschickt werden.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; für die Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Aus aller Welt

Ein Attentat im Neuyorker Hafen. Eine große Menge von Antifaschisten und Anhängern des Faschismus hatte sich am Pier eingefunden, um den Dampfer zu begrüßen, mit dem die italienischen Abgeordneten zur Konferenz des Interparlamentarischen Union hier eintrafen. Nachdem die Abgeordneten den Pier verlassen hatten, feuerte ein unbekannter Antifaschist Schüsse ab, wodurch zwei Anhänger des Faschismus leicht verwundet wurden. Der Täter entkam.

Königsberg—Berlin in drei Stunden. Das Verkehrsflugzeug der Deruluft R. R. 2 unter Führung des Verkehrspiloten Planert legte den Flug Berlin—Königsberg, 640 Kilometer, in 3 Stunden 13 Minuten zurück. Die planmäßige Flugzeit beträgt 5½ Stunden.

19 000 Dollars geraubt. Wie aus Niagara Falls gemeldet wird, wurde in der Hauptstraße von Niagara Falls der Kassenbote einer Bank, der sich in Begleitung eines Polizisten befand und 19 000 Dollar bei sich trug, von Banditen, die mit Revolvern ausgerüstet waren, überfallen. Die Räuber entrissen ihm das Geld und entkamen in einem bereitstehenden Auto.

Norwegische Polizeibeamte als Schmuggler. In Trondhjem ist eine große Schmugglerorganisation aufgedeckt worden, in der zahlreiche Polizeibeamte verwickelt sind. Das Justizministerium hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, die vermutlich sensationelle Enthüllungen bringen wird.

Eisenwaren aller Art, Werkzeuge
Oefen und Herde
in jeder Preislage — Ofenbau-Artikel
Haus- u. Küchengeräte :: 1a Solinger Stahlwaren

Eisen-Brandt
Inhaber: Fritz u. Max Brandt, Breslau, Nikolaistr. 63a, Ecke Neue Weltgasse
Ausstellungsfenster: Nikolaistraße 63a und Reußenohle 58

Geräte und Gebrauchsgegenstände
für Landwirtschaft und Hausbesitz
Baubedarfsmaterialien
Herbst- u. Winter-Bedarfsartikel für jeden Zweck

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545
Täglich 8 Uhr:
Uschi

Litbich-Theater
Telephon Ring 1646
Oktober 1925
Täglich 8 Uhr!
Sensations-Gastspiel
Sackie
Der Seelöwe als Komiker
Bonhair-Truppe
Deutsche Meister-Ikarier
8 Academy-Girls
Englische Jugend in Tanz und Gesang
Willy Bolesko
Rheinisch. Komiker
Kapelle Stern
Das berühmte Jazz-Orchester
Müller-Schadow-Quartett
i. d. Gesangsszene Im Klosterkeller
Dormondes
Der Lachschlager
Sam Linfield Comp.
Stiefel-Villa
Bitter & Knappe
Kraft und Humor
Prof. Max Lipmann
Mundharmonika-Virtuose
Selma Braatz
Fangspiele

Circus Busch
Täglich 7½ Uhr
Sonntags ab 3 Uhr
Kunst-Zirkus Busch
mit
Anna Müller-Linke
Lachen ohne Ende
Breslau und Wasser
im Circusprogr. u. a.
Der Altmeister der hohen Schule
Georg Burkhardt-Footfit
Die berühmte Clown-Familie
Price-Comp.
Vorvk. z. 10 Uhr Circuskasse
Unerreicht billige Angebote!
Prachtvolle wollige
Wintermäntel
Jacken Kostüme
blendend schöne
Kleider, Kasaks
Röcke,
Imprägnierte
Regen- und Gummi-Mäntel,
Gesellschafts- u. Tanz-Kleider
Ich verfolge das Prinzip:
Das Beste zu den billigst. Preisen zu bringen!
Empfehle Sie Ihre Bekannten
Breslaus bekanntes Eisen-Geschäft
B. Alchner
Albrechtstraße
1. Etg. neben Schlesischer

Spielplan
von Sonntag, den 4. Oktober bis Montag, den 12. Oktober
Lobetheater
Sonntag, den 4. Oktober bis Freitag, den 9. Oktober abends 8 Uhr — „Der Kreidekreis" Spiel nach dem Chinesischen von Klabund
Sonnabend, den 10. Oktober abends 8 Uhr — Erstaufführung! „Der Tartüff" Lustspiel von Molière Musik von Händel, Mozart und Rameau
Sonntag, den 11. Oktober vormittags 11 Uhr — Erstaufführung! Morgenfeier „Das Apostelspiel" von Max Mell
Sonntag, den 11. Oktober abends 8 Uhr — Zum 25. Male! „Der Kreidekreis" Spiel nach dem Chinesischen von Klabund
Montag, den 12. Oktober abends 8 Uhr — „Der Kreidekreis" Spiel nach dem Chinesischen von Klabund
Thaliatheater
Sonntag, den 4. Oktober bis Montag, den 12. Oktober abends 8 Uhr — „Der Wehrgreis" Komödie v. Werner Scheudell

Weiteste Verbreitung
muß durch Hauskolportage finden
Der Knüppel
Preis pro Exemplar 20 Pf.
Arbeiter-Illustrierte Zeitung
Preis pro Exemplar 20 Pf.
Propaganda-Nummern für planmäßige Arbeit zur Abonnentengewinnung stehen gratis zur Verfügung.
Literatur-Obleute wenden sich sofort an die
Proletarische Literaturvertriebsstelle Schlesien
Breslau 10, Trebnitzer Straße 50

Stenotypistin
durchaus perfekt Maschine und Stenographie
sofort gesucht.
Angebote mit Lebenslauf u. Gehaltsansprüchen unter A. M. 100 an die Expedition der Zeitung, Trebnitzer Straße Nr. 50, erbeten.

Stadt-Theater
Telephon Ring 1254 u. 6815
Spielplan vom 4. bis 11. Oktober
Sonntag, den 4. Oktober, 7 Uhr
Tannhäuser
Montag, den 5. Oktober, 7½ Uhr
Die lustigen Weiber von Windsor
Dienstag, den 6. Oktober, 8 Uhr
Der Barbier von Sevilla
Mittwoch, den 7. Oktober, 8 Uhr
3. Vorstellung im Abonnement
Intermezzo
Donnerstag, den 8. Oktober, 7½ Uhr
Tosca
Freitag, den 9. Oktober, 7 Uhr
Tannhäuser
Sonnabend, den 10. Oktober, 8 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
Sonntag, den 11. Oktober, vorm. 11½ Uhr
1. Morgenfeier
Les petits riens
Hierauf:
Die Ruinen von Athen
(Kleine Preise)
abends 7½ Uhr
Die Fledermaus

Bei jedem Einkauf
muß sich die Genossin und der Genosse danach erkundigen, ob der Geschäftsinhaber in unserer Zeitung inseriert!
Die Geschäfte, die unsere Zeitung sabotieren, sollen auch auf Euer Geld verzichten!
Kauft nur noch bei
Inserenten Eurer Zeitung!

Magerkeit wirkt unschön
Schöne volle Körperformen
durch unser
„Hegro-Kraftpulver"
in 6-8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garantiert unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreiben. Preis Karton mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.
Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Straße 3
Hygiea-Apotheke, Tauentzienstrasse Nr. 91

Suche ein grosses Zimmer
Offerten unter G. 100 an Exp. Schles. Arbeiter-Zeitg.

Edo Fimmen:
Weltlage u. Proletariat
Referat über die internationale Lage und die Gewerkschaften
Broschiert — Preis nur 20 Pfg. — 32 Seiten
Zu beziehen:
Proletarische Literaturvertriebsstelle Schlesien
Max Zschocher, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50
MASSEN-VERTRIEB IM BETRIEB

Jeder Arbeiterzeitungsleser, Proletarier, Gewerkschaftler
darf nur seinen Bedarf in Baumwollwaren, Wäsche, Kleiderstoffen im
Wiemohaus, Reuschestraße 20/21 decken.
Weshalb? Weil wir durch immer größer werdenden Umsatz in der Lage sind, die Preise infolge großer Einkäufe auf das Minimum zu reduzieren.

Lokales

Was die „Volkswacht“ zur Gegendemonstration der Arbeiter am Freitag sagt

Das muß man wörtlich lesen:

„Zu Ehren Hindenburgs

haben gestern die Hindenburger geflaggt, schwarz-weiß-rot natürlich, sowohl Hindenburg auf Schwarz-rot-gold geschworen hat. Abends hielten die Stahlhelmer und der kommunistische Rote Frontkämpferbund zu Ehren des Tages in den Straßen von Breslau ein Manöver ab. Wie wir nachträglich aus Gasthausgesprächen gehört haben, soll die Rote Armee dabei gesiegt haben. Die Hakenkreuzfront soll eingedrückt und zum Abzug auf Umwegen genötigt worden sein. Die Angehörigen beider Armeen tranken sich dann in dem fraglichen Lokal unter „Front Heil“ und „Heil Moskau“ gegenseitig zu. Die „Rote Front“ soll übrigens durch Reichsbannerleute, die wahrscheinlich spazieren gingen, Verstärkung erfahren haben. Sollte dies wirklich der Fall sein, dann müssen wir von so etwas ganz entschieden abraten. Denn immer gehen die Manöver zwischen schwarz-weiß-roten Hindenburgwählern und roten Hindenburghelfern nicht mit Humor aus. Unter Umständen entwickelt sich schnell ein Landfriedensbruch, und da sich Rote Frontkämpfer und Hakenkreuzler am Ende gleich gut aufs Ausreißen verstehen, werden dann die mitgelaufenen Bannerleute mit Hakenkreuzeiden auf Jahren ins Gefängnis gebracht. Hakenkreuzler und Rote Frontkämpfer sind einander wert, laßt sie unter sich!“

*

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu dieser Beschimpfung tapferer Proletarier durch den sozialdemokratischen Schmierfinken, der im Gasthaus seine „Beobachtungen“ macht, statt dort zu sein, wo gegen die Orgesch demonstriert wird.

Die Behauptung, daß Rote Frontkämpfer sich mit den Stahlhelmleuten im Gasthaus zugetrunken hätten, hat sich der feige Bursche entweder aus den Fingern gesogen oder er hat die Notiz nach dem achten Schoppen verfaßt.

Die Roten Frontkämpfer waren von 7 Uhr abends bis zur Auflösung des Zuges am Königsplatz unterwegs und haben in keinem Gasthaus Halt gemacht. Es genügt uns für heute, diese Gemeinheit niedriger zu hängen und es den sozialdemokratischen Arbeitern, die zum Aerger der „Volkswacht“ am Zuge teilgenommen haben, die Abrechnung mit diesem „Fü[h]rer“ zu überlassen.

Gegen die Kulturreaktion

(Von einem freidenkenden Lehrer.)

Der Reichs-Schulgesetzentwurf ist veröffentlicht. Gegen den Willen der Regierung. Das deutsche Volk sollte mit diesem Machwerk aus der Dunkelkammer des Ministeriums Schiele überrumpelt werden. Jetzt ist der Anschlag vereitelt. Zeit ist gewonnen, und nun liegt es an dir, freiem, denkenden Arbeiter, ob du Sklave der drohenden Kulturreaktion werden sollst oder nicht. Lies den Entwurf, lies ihn zehnmal, denn er ist ziemlich unklar und schwer leslich. Siehst du die drohende Faust der herrschsüchtigen Kirche? Noch niemals hat man dem deutschen Volke so etwas zu bieten gewagt. Noch nie seit dem finsteren Mittelalter haben die Machtgelüste der Kirche einen solchen Höhepunkt erreicht. Selbst das Reichsschulgesetz vom Jahre 1891, das der Kirche schon bedeutende Rechte über den Staat verlieh, wird von dem Entwurf des Jahres 1925 in den Schatten gestellt. Damals ging ein Entrüstungssturm durch alle Reihen. „Im Kampf um die Schule muß jede Klinge heraus!“ war das Losungswort. Und dem einmütigen Willen gelang es, Entwurf und seine Erzeuger wegzufegen. Wie steht es heut? Wo bleibt der Entrüstungssturm? Wo bleibt der leidenschaftliche Kampf gegen die freche geistige Vergewaltigung? Müßtet ihr Arbeiter nicht die ersten auf dem Kampfplatz sein? Ihr begeht Selbstmord und geistigen Mord an der kommenden Arbeitergeneration, wenn ihr euch nicht auf eure großen Kulturaufgaben besinnt. Jetzt liegt eine Aufgabe vor euch. Kampf dem Reichs-Schulgesetzentwurf. Er ist die Mißgeburt, die aus dem Kuhhandel zwischen Zentrum und Reichsregierung hervorgegangen ist. Der Preis, den sich das Zentrum für seine Unterstützung der Zoll- und Steuerpolitik zahlen ließ. Er atmet ganz den Geist, den der deutschnationale Minister Schiele dem Reichsministerium einhaucht. Er verrät die Schule an die Kirche; genau dasselbe, wie es in Bayern geschehen ist. Arbeiter, eure mühsam erfochtenen Errungenschaften will man euch langsam aus der Hand winden, indem man euren Kindern den Sklavengeist, den Geist der Unfreiheit wieder einflößen will, damit sie sich einst um so leichter leiten lassen. Man will sie wieder mürbe und gefügig machen in den Verdummungsanstalten, den Kirchenschulen. Die §§ 5 und 7 atmen ausgesprochenen kirchlichen Geist. Dein Kind und der Lehrer deines Kindes sollen sich die kirchliche Aufsicht wieder gefallen lassen, aber in einer noch viel schärferen Form als vordem. Früher war der geistliche Ortsschulinspektor der Beauftragte des Staates. Nach dem Entwurf ist nicht der Staat sein Auftraggeber, sondern die Religionsgemeinschaft. Nicht nur der Religionsunterricht, sondern sämtliche Fächer sind im Geiste des Bekenntnisses zu erteilen. Also muß sich die kirchliche Aufsicht auf den gesamten Unterricht erstrecken. Und wehe dem Lehrer und der Lehrerin, der irgendwie vom „Geist des Bekenntnisses“ abweicht! Eine Fülle von Gelegenheiten wird sich bieten, den Lehrer beim Geistlichen zu verdächtigen wie in früheren Zeiten. Sogar außerhalb des Unterrichtes ist der Lehrer nicht sicher vor Bevormundung und Gesinnungsschnüffelei (§ 7). So sieht die von der Kirche immer und immer wieder in Abrede gestellte Schulaufsicht aus. Hier zeigt sie ihr wahres Gesicht: Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht in dreistester Form! Und was das für dein Kind bedeutet, weißt du noch aus deiner Schulzeit: Sprüche und unverstandene Lehrsätze auswendig lernen und herplappern, altkluge Worte machen und fromme Gefühle vortäuschen, auf Kommandos die Hände falten und beten, kirchliche Handlungen gedankenlos erfüllen ... Du mußtest — und wenn sich deine kindliche Seele noch so sehr dagegen aufbäumte. Dir ist die „Religion“ wohl gar mit dem Stocke eingebläut worden. So soll es wieder werden. Man weiß nur zu gut, warum man die Hand auf die Volksschule legen muß: Was in die Kindesseele in acht langen Jahren gesät worden ist, mit und ohne Gewalt, mit Willen und ohne Willen des Kindes, das ist nicht wieder so leicht herauszukratzen. Du fühlst es an dir, mit tausenderlei Fäden bist du an das Althergebrachte gebunden. Und es bedarf der Aufbietung aller Geisteskräfte, um davon loszukommen. Darum der zähe Kampf um die Volksschule. Hier liegt der Grund zur Macht der Kirche. Beginnt dieser Grund erst einmal zu wanken, dann wackelt das ganze Gebäude. Dann kommt es zur Trennung zwischen Staat und Kirche, dann wird der Artikel 137 der Verfassung endlich Wirklichkeit. Bisher ist seine Ausführung durch die zielbewußte Arbeit der Kirche und durch eure Gleichgültigkeit, ihr Arbeiter, verhindert worden. Der Staat ist bisher immer vor der Kirche zu Kreuze gekrochen. Und der Entwurf ist wieder so ein Kanossagang: die Kirche bestimmt, und der Staat hat nur zu zahlen, hat der Kirche Büttel- und Knechtsdienste zu leisten. So etwas geschieht in einem freien Volksstaat! Was die Kirche einmal hat, läßt sie nicht wieder los!

Auf euch, ihr Arbeiter, ruht die letzte Hoffnung. Ihr könnt noch retten. Eins hat der Entwurf nicht unterdrücken können: die weltliche Schule. Hier leuchtet Morgenrot. Dort schaut hin. Das sei euer Ziel. Ihr kämpft um eure Freiheit, wenn ihr der weltlichen Schule zum Siege verhelft. Heraus aus der Gleichgültigkeit! Herz und Hirn gestählt, und dann auf zur Tat! Gründet überall freie Schulgesellschaften! Richtet weltliche Schulen ein, in denen eure Kinder nicht zu Heuchlern, Augenverdrehern und Gebeteplapperern, nicht zu Duckmäusern und Sklavenseelen erzogen werden, sondern zu aufrechten, geraden, denkenden, freien Menschen. Meldet eure Kinder sofort vom kirchlichen Religionsunterricht ab, fordert zunächst lebenskundlichen Unterricht, wo die Errichtung der weltlichen Schule noch nicht möglich ist. Wahret eure Geistes- und Gewissensfreiheit, es sind eure höchsten Güter. Macht euch frei von alten, gedankenlosen Gewohnheiten. Auf zur Tat! Es ist die letzte und höchste Not! Was ihr heute nicht erkämpft, ist euch morgen für immer verloren!

T.

Bezirkskonferenz des KJVD. Bezirk Schlesien

(Schluß.)

Unsere nächsten Arbeiten.

Genosse Giesbert gab in seinem Referat erst einen kurzen Ueberblick über die wirtschaftliche Struktur, d. h. die soziale Schichtung der Arbeiterschaft im Bezirk, um darauf aufbauend über die Inangriffnahme unserer nächsten Arbeit zu sprechen. Er gliederte in der Hauptsache den Bezirk in vier Wirtschaftsgebiete:

1. Das Waldenburger Kohlenrevier,
2. Die Breslauer Metallindustrie,
3. Die Textilindustrie in Langenbielau und Landeshut,
4. Das Landgebiet rechts der Oder.

Auf diese Gebiete, vor allen Dingen auf die ersten drei, haben wir unsere hauptsächlichsten Kräfte zu konzentrieren.

Ueber unsere Betriebszellenarbeit sprach er in der Linie der Rundschreiben der Partei Nr. 3 und 4, wies auf das Bestehen weißer Betriebszellen hin, auf die unsere Genossen ein sehr wachsames Auge haben müssen und energisch zu bekämpfen sind.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen unserer Arbeit ist, daß wir in allen Ressorts Spezialisten herausbilden, die aber nicht losgelöst von der Organisation leben dürfen, sondern im einheitlichen Kontakt mit ihr stehen müssen.

Wieviel neue Leser hast du geworben ??

Die regelmäßige Berichterstattung an die Bezirksleitung und die praktische Mitarbeit an unserem Jungproleten aller Gruppen muß in Zukunft Wirklichkeit werden. Der Jungprolet, das Organ der Jungarbeiter, soll auch ihre Seele widerspiegeln. Darum dürfen in der kommenden Zeit nicht nur Funktionäre, sondern es müssen alle an der Ausgestaltung mitarbeiten.

Zur politischen Schulung unserer Mitgliedschaft wird die Bezirksleitung Kurse durchführen.

Zur Gewerkschaftsarbeit sprach Genosse Ede im Sinne des von Genossen Ernst Thälmann gehaltenen Referats.

Im Vordergrund des Interesses stehen die

Jungarbeiter-Rußland-Delegationen.

Ueberall, in den Betrieben, in den Gewerkschaften usw., muß für die Entsendung von Jungarbeiter-Delegierten nach Rußland geworben werden. An jedem Orte des Bezirks müssen Einheitskomitees gebildet werden, die alle Vorarbeiten für die Entsendung von Delegationen in Angriff nehmen.

Nach Erledigung der Diskussion fanden die Wahlen und Abstimmungen über Resolutionen statt.

Die Bezirksleitung wurde in ihrer bisherigen Zusammensetzung einstimmig (bei einer Stimmenthaltung!) wiedergewählt.

Eine Resolution zum Briefe des EKKI wurde (bei einer Gegenstimme) begeistert aufgenommen.

Alle übrigen Anträge und Resolutionen, die im einzelnen nicht aufgeführt zu werden brauchen, wurden einstimmig angenommen. Darauf wurde die Konferenz am 27. September gegen ½6 Uhr geschlossen.

Die Konferenz war der Ausdruck der inneren organisatorischen und politischen Stabilisierung unseres Bezirksverbandes. Alle Delegierten sind bestimmt mit der Gewißheit zurück in ihre Ortsgruppen gefahren, daß uns alle ein einheitlicher Wille, „zähe und zielbewußte Arbeit bis zur siegreichen Revolution“, beseelt. Sie wissen, daß sie nicht vereinzelt dastehen, sondern daß es noch Mitkämpfer für die Idee des Kommunismus gibt.

Unsere gesamte Arbeit wird getragen sein von dem Glauben an den Sieg unserer gerechten Sache.

Zur Provinziallandtagswahl

Für die Wahlen zum Provinziallandtage hat der Oberpräsident nach Anhörung des Provinzialausschusses angeordnet, daß die Landkreise Groß-Wartenberg mit Namslau, Steinau mit Guhrau, Schönau mit Jauer, und die Stadtkreise Brieg mit dem Landkreise Brieg, Glogau mit dem Landkreise Glogau, Hirschberg mit dem Landkreise Hirschberg und Grünberg mit dem Landkreise Grünberg zu einem Wahlkreise vereinigt werden.

Aufgebundene Kindesleiche. Vor einigen Tagen wurde an der rechten Oderufer-Eisenbahnbrücke der Strecke Breslau-Hundsfeld aus der alten Oder die Leiche eines ausgetragenen Kindes männlichen Geschlechts gelandet. Es trug um den Leib gewickelt ein Stück roten Inlettstoff. Um den Hals lag eine zusammengezogene starke Bindfadenschlinge, in der vermutlich ein Stein befestigt war. Er sollte verhindern, daß die Kindesleiche an die Wasseroberfläche kam. Nach dem gerichtsärztlichen Befunde hat das Kind gelebt und es ist anzunehmen, daß der Tod im Wasser eingetreten ist.

Aus der Provinz

Ein SPD.-Skandal in Oels

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Am Donnerstag, den 24. Oktober 1924 hatte ich Gelegenheit, der Mitgliederversammlung der SPD. zum Teil zuzuhören, in welcher es riesig stürmisch zuging. Der Parteisekretär Deutsch der SPD. hat sich hier am Ort ein großartiges Haus gebaut und dazu von der Stadt Baugelder zu 4½ Prozent erhalten, wie man sagt, als Gegenleistung dafür, daß er erstens zum Verkauf der hiesigen Kaserne an den Militärfiskus sowie zum Umbau des Lokals „Elysiums“ zum Stadttheater mit verholfen hat. Er hat in seinem Hause gleich eine schöne Werkstatt für Motorrad- und Autoreparatur, nach Aussagen des Geschäftsführers der hiesigen „Volkszeitung“ eingerichtet, um wahrscheinlich gesichert zu sein, wenn er von der SPD. als Sekretär abgebaut wird. In dieser Versammlung wollten die hiesigen SPD.-Bonzen den Deutsch abschütteln und der Partei zur Versetzung empfehlen. Doch der berühmte Professor Jansen, Oels, legte sich mächtig ihn ins Zeug, so daß bei einer Abstimmung die Mehrzahl der Mitglieder für sein weiteres Bleiben war. Der 1. Vorsitzende legte darauf sein Amt in die Hände des 2. Vorsitzenden und auch der größte Teil der Funktionäre legte die Posten nieder. Ein alter SPD.-Genosse, der vor mehreren Wochen bei der Schuhfabrik Klemm hinausgeschmissen wurde, schilderte den Vorgang und erzählte, daß ihn der Chef am Arme nahm und hinausführte. Da der Genosse eine Glatze hat, konnte sich Professor Jansen nicht enthalten, den al[ten] Mann zu verhöhnen und zu sagen: na ja, Genosse, an den [Haa]ren konnte er Sie nicht hinausführen. Jetzt sucht sich Deutsch neue Funktionäre, um vielleicht eine Filiale oder zweite Ortsgruppe der SPD. aufzumachen. Auch bei der Frauenversammlung etliche Tage vorher fühlten sie sich gezwungen, bekannt zu machen, daß nachher Künstlerkonzert und gemütliches Beisammensein stattfindet. Also, die totgesagte KPD. lebt und macht ja hier nur sehr kleine Fortschritte, aber die große SPD. scheint hier am Orte zu sterben. Sie stirbt an der Korruption, die sie im Leibe hat.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

An der Baustelle des Gemeindehauses in Kuhnern bei Striegau rollte am Mittwoch mittag der Anhänger eines Ziegellastautos, über das die mit dem Einhängen beschäftigten Männer die Gewalt verloren hatten und rollte den steilen Berg hinunter. Ein Maurerpolier kam unter die Räder des Anhängers zu liegen und trug sehr schwere Verletzungen davon.

Auf dem Schulteschacht in Lehmwasser verunglückte der Grubenschmied Georg Hackauf, der mit Zerhauen von Eisenbahnschienen beschäftigt war. Er glitt dabei aus und ein Teil der Schienen fiel ihm auf das Bein. Er zog sich einen Oberschenkelbruch zu und mußte ins Krankenhaus.

Der Bahnarbeiter Nickel in Obersalzbrunn von der Bahnmeisterei 3 Altwasser wurde beim Ueberschreiten des Gleises am Güterbahnhof von einem einfahrenden Gütereilzug erfaßt und zu Boden geworfen. N. erlitt schwere Verletzungen am Kopf und an den Beinen, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Ein schwerer Eisenbahnunglücksfall ereignete sich auf der Strecke Görlitz—Zittau vor dem Tunnel an der Blockhausbrücke. Ein von Zittau kommender Güterzug kreuzte dort mit einem von Görlitz ausfahrenden Personenzug nach Zittau. Eine vor dem Tunnel mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigte Gruppe konnte sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen. Fünf Arbeiter wurden überfahren, vier davon sind schwer verletzt und wurden per Auto sofort ins Krankenhaus geschafft.

Glatz. Aus Rache. Nach langen Nachforschungen ist es jetzt gelungen den Brand aufzuklären, der im August den größten Teil der Moserschen Besitzung in Oberhannsdorf in Asche legte. Ein landwirtschaftlicher Arbeiter gestand, daß er den Brand aus Rache angelegt habe.

Reichenbach. Eine Silberfuchsfarm im Eulengebirge. Der Bau der Silberfuchsfarm auf dem Hahnvorwerk im Eulengebirge geht seiner Vollendung entgegen. In nächster Zeit treffen die aus Kanada beschafften Silberfüchse ein. Vorläufig wird die Besiedlung der Farm mit 10 Paar Füchsen begonnen werden. — Das ist eine neue Form der Pelzkapitalisten, durch Ausschaltung des ausländischen Zwischenhandels ungeheure Profite zu machen und den Luxusfrauen der Borgeoisie die Möglichkeit zu geben, sich deutsche Silberfuchspelze anzuschaffen.

Freiburg. Den Dank des Vaterlandes konnten einige Kriegsverletzte in Gestalt des Polizisten Frenzel zu spüren bekommen. Dem einen fehlte ein Bein, dem anderen die Augen, einem dritten gesunde Nerven. So saßen sie vor dem Ausgang der Uhrenfabrik, wissend, daß nur Proletarierherzen ihre Not verstehen und dies Verstehen in solidarische Handlungsweise umsetzen. Ganz anders Herr Frenzel. Er erschien als das Auge des Gesetzes, jagte die Aermsten fort, stellte ihre Personalien fest und drohte ihnen, daß „etwas“ nachkommen wird. Der eine verlegte sich nun aufs Bitten, doch ein Achselzucken erreichte er nur. Einer der drei meinte, die ganze Tragik ihrer Lage kennzeichnend: Stellt uns nur an die Wand, dann seid ihr uns los. — Wie sagten doch die Sozialdemokraten: Die Dawessonne wird alle erwärmen.

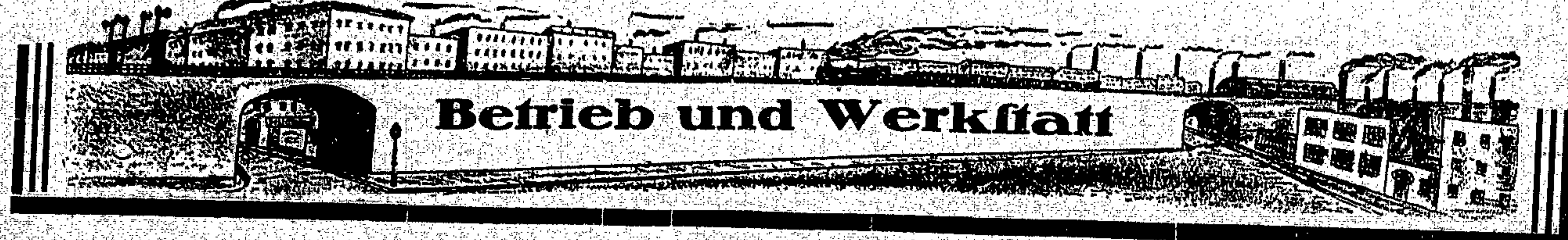
Waldenburg. Veruntreuungen eines städtischen Beamten. Der beim hiesigen städtischen Schlachthof beschäftigte Hallenmeister Rudolf H. wurde wegen Betrügereien zu einem Jahr Zuchthaus zwei Jahren Ehrverlust und 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. H. hat während der Inflationszeit fortgesetzt das Vermögen mehrerer Fleischermeister dadurch geschädigt, daß er die Wiegezettel, die für Berechnung der Schlachthofgebühren maßgebend sind, gefälscht und sich dadurch erhebliche Beträge verschafft hat. Je nach der passenden Gelegenheit erlangte er aus dieser Tätigkeit Beträge von 3 bis 70 Mark. Den Fleischermeister Dämmler schädigte er allein um 1500 Mark. H. wurden die Betrügereien sehr leicht gemacht. Ja, er hatte als stellvertretender Direktor des Schlachthofes sogar unbegrenztes Vertrauen — das wird nicht der letzte Fall aus städtischen Amtsstuben sein. Die Schiebereien des Oberbürgermeisters Dr. Erdmann, des Stadtbankdirektors Rühle und anderer Stadtväter fanden eben die übliche Nachahmung untergebener Beamten.

★ Parteiveranstaltungen ★

Hirschberg. Unterbezirk. Sonnabend, 10. 10. find. die Verlos. statt. Alle Ortsgr. haben bis dahin die Lose abzurechn. Verlosungs-Ort, Petersdorf in der „Hoffnung“.

Versammlungsanzeigen

Rote Hilfe. Sagan. Donnerstag, 8. 10. abds. 8 Uhr im „Volkshaus“ Fischerstr. Öffentl. Kundgebung gegen die Klassenjustiz.



Lohnverhandlungen im niederschlesischen Bergbau

(Von einem Bergarbeiter.)

Als im August der bestehende Lohntarif auf Drängen der sozialdemokratischen Opposition, welche sich bis tief in die Reihen der Funktionäre bemerkbar machte, gekündigt wurde, glaubten viele Kumpels, daß endlich einmal eine Lohnerhöhung in Kraft treten würde. Aber schon der Verhandlungsgang zeigte der Opposition, daß es nichts weiter als eine Besänftigung der Arbeiter war. Als in der ersten Verhandlung nichts herauskam, wurde der Schlichter Philipp angerufen. Aber der Sozialdemokrat Philipp brachte rein gar nichts und so wandte man sich an das Arbeitsministerium in dem Glauben, Brauns würde nun sein Versprechen, welches er voriges Jahr, als er die Fürstensteiner Gruben besuchte, einlösen. Damals hatte er erklärt, hier müsse unbedingt geholfen werden. Wir von der Opposition erklärten damals schon: „Diesen Schwindel kennen wir!" und wir hatten uns nicht getäuscht. Brauns, der christliche Mann, wälzt die für ihn heikle Geschichte ab und der Schlichter Philipp fällte nun nach schwerem Kampfe einen Schiedsspruch auf Erhöhung um 7 Prozent. Nach seiner Meinung waren also mehr als 7 Prozent nicht zu verantworten. Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes erklärt aber, mehr als 30 Prozent kann man nicht verantworten. Wer hat nun recht? Echt sozialdemokratisch, der eine so, der andere so. **Während nun so hübsch verhandelt wird, kann ja die niederschlesische Bergarbeiterschaft den Hungerriemen noch enger schnallen.** Nun haben obendrein die Unternehmer noch den erbärmlichen Schiedsspruch abgelehnt. Was nun? Ein Beispiel: Der Lohntarif sagt, für Gedingearbeiten einen Satz von 4,21 M. Den Betriebsräten ist es gelungen, diese Sätze etwas zu erhöhen, nun wird aber überall versucht, diese Sätze wieder zu drücken, so daß wir dann von einer Lohnerhöhung gar nicht sprechen dürfen. Leider stehen die Kumpels nicht so hinter den Betriebsräten, wie es eigentlich sein müßte, denn alle Betriebsräte, die zu diesem Schiedsspruch sprachen, lehnten denselben ab, leider jedoch blieben sie in der Minderheit. Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende von den Fürstensteiner Gruben wies ganz richtig darauf hin, daß es bei dem vorigen Schiedsspruch, der 8 Prozent gebracht hatte, genau so gemacht worden ist. An Hand von schriftlichem Material wies er nach, daß im Monat Februar die Löhne aller, außer denen der Gesteinshauer, herabgesetzt worden sind, dann schlug man die 8 Prozent dazu und der Lohn vom Januar war erreicht. Genau so jetzt: diesmal wird man den Monat September zugrunde legen und die Kumpels sind abermals betrogen. Dies wird aber die Führer des Bergarbeiterverbandes nicht davon abhalten, den Kumpels weiszumachen, welch ungeheuren Sieg sie errungen haben.

Kameraden, gegen diese Machinationen müßt ihr Sturm laufen. Wir müssen verlangen, daß in den Zahlstellen zu diesen [illegible] Stellung genommen wird. Aber leider steht der Kumpel all diesen Dingen sich gleichgültig gegenüber und die Arbeitgeber kümmern sich um die Betriebsräte fast gar nicht mehr, weil die Betriebsräte bei ihrer Arbeit von der Belegschaft viel zu wenig unterstützt werden. Die Einlegung der Förderschichten, welche gegen den Willen der Betriebsräte einfach angeordnet wurden, zeigen blitzartig, wohin der Kurs geht. Kameraden, wenn ihr euch nicht bald besinnt, habt ihr am längsten Betriebsräte gehabt und ihr werdet sehen, wohin das führt; denn nicht Lohnaufbesserung, sondern Lohnabbau, das ist die Parole der Unternehmer. Darum gilt es jetzt Schluß mit der Politik der Reformisten, hinein in die KPD und in die freien Gewerkschaften, wo nur im revolutionären Sinne gearbeitet wird.

Anmerkung der Redaktion: Diese Zuschrift wurde geschrieben vor Aufstellung der unverschämten Forderung der Unternehmer auf 15 Prozent Lohnabbau.

Sechs Unfälle in zehn Tagen

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Während wir erst in den letzten Tagen auf die unglaublichen Zustände in den Fürstensteiner Gruben hingewiesen haben, wird uns heute schon wieder ein Unfall gemeldet. Der Berghauer Rother wurde beim Ausrauben des Schrames durch herabfallende Kohle am Fuß so schwer verletzt, daß er ins Lazarett überführt werden mußte.

Dies ist innerhalb zehn Tagen der sechste Unfall an ein und demselben Ort.

Die sechzehnte Abteilung scheint in puncto Unfällen ganz besonders auf der Höhe zu sein. Die Kollegen vom Tiefbau wissen schon, wenn einer verunglückt ist, so ist es jemand von der sechzehnten Abteilung, Streb genannt „Toter Mann". Es wird höchste Zeit, daß sich die Bergarbeiter gegen diese unerhörte Ausbeutung wehren, denn nur durch das immer brutaler werdende System der heutigen Ausbeutung werden diese Unfälle gesteigert. Auch die Bergpolizei wird ihre ganze Tätigkeit einmal ganz auf die Fürstensteiner Gruben legen müssen.

Von den Fürstensteiner Gruben

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Auf den Fürstensteiner Gruben haben sich Zustände eingebürgert, welche geradezu zum Himmel schreien. Selbst ältere Leute, die schon zwanzig bis fünfundzwanzig Jahre auf der Grube sind, erklären solche Zustände noch nicht erlebt zu haben. Auf dem Bahnschacht ist ein Fahrsteiger „Strang", und er führt den Namen mit der Tat. Was der Mann sich alles leistet, ist einfach haarsträubend. Gedinge macht er folgendermaßen:

Laut seiner Meinung kann ein Abteilungsführer überhaupt kein Gedinge machen, sondern nur er kann es. Er glaubt sich dabei in die Lage eines Hauptmanns versetzt, denn der sagt auch immer: Immer ran an den Feind, ich mach ja nicht mit! Wenn er nämlich mitarbeiten müßte, würde er solch blödsinniges Gedinge nicht einstellen. Ist nun bei einem mit ihm vereinbarten Gedinge etwas verdient worden, so erklärt er, das wäre nur ein [illegible] Gedinge und reißt wieder ab. Das ist eine seiner Weisheiten, er scheint ganz vergessen zu haben, daß es auch einmal anders werden kann und die Arbeiter ihm dann für seine jetzt geleistete Arbeit gut bezahlen werden.

Neben Herrn Strang ist Herr Buchmann ganz besonders zu erwähnen. Während Strang auf alle Art und Weise versucht Löhne zu drücken, versucht Buchmann durch Strafzettel ebenfalls das Seine zu tun. Ob nun Herr Buchmann vorige Woche den Heiratsteller hatte und anstatt Einladungen Strafzettel gedruckt hat? Solch ein Durcheinander wie Herr Buchmann mit seinen Strafzetteln macht, dazu gehört mehr wie reiner Menschenverstand. Herr Buchmann, wir hätten ja nicht die schönen Augen Ihrer Braut sehen wollen, als sie in einem Blumenstrauß (an Stelle) der Hochzeit einen Strafzettel von ihrem Gatten gefunden hat.

Auf dem Tiefbau in der sechzehnten Abteilung sind in fünf Tagen fünf Mann verunglückt, meistens vor dem Stinnes-Pfeiler. Dort wird sogar unter Aufsicht gearbeitet. Was sagt hierzu die Bergbehörde? Kumpels, wie lange wollt ihr es noch dulden, steht auch der Profit des Unternehmers höher als eure Familie? Tretet ein in die freien Gewerkschaften und kämpft mit uns für eine bessere Zeit. Werft die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen aus euren Wohnungen heraus, die ja doch nur im Interesse der Unternehmer Unwahrheiten schreiben. Schließt euch den Kommunisten an, werdet Mitglieder der Kommunistischen Partei und lest ihre Presse.

Den „Vaterländischen" schwimmen die Felle fort

Huldschinski-Werk, Stadtwerk Gleiwitz.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In diesem Betriebe machen sich ganz besonders die „Vaterländischen" bemerkbar. Sie glaubten schon die Macht in der Hand zu haben und kündigten an, daß von der Belegschaft nahezu 1000 Mann dem Stahlhelmbund angehören sollen. Dabei zählt die Belegschaft dieses Betriebes einige Hundert über Tausend.

Nun sollte in der nächsten Zeit eine Betriebsratswahl stattfinden. Der Stahlhelm-„Oberst" Wagner, von Beruf Schlosser, sah sich veranlaßt, schnell eine Betriebsversammlung einzuberufen, um seine Schäfchen noch einmal aufzuklären. Als Lieblinge des [illegible] wurde ihnen selbstverständlich auch der Speiseraum der ehemaligen Fleischhalle von der Werksleitung zur Verfügung gestellt. Stolz verkündet der „Herr" Stahlhelmoberst W., daß die Vaterländischen in Oberschlesien 2400 Mann (mit nassen Nasen! Anmerkung des Setzerlehrlings) stark seien. Desgleichen gab „Herr" W. auch kund, daß man als Betriebsrat Hand in Hand mit der Direktion arbeiten müsse (Hört, hört!), um am Aufbau mitzuhelfen.

Besonders scharf zog er gegen die freien Gewerkschaften und gegen die Kommunistische Partei los. Die Kommunisten versuchte „Herr" W. mit den polnischen Nationalisten in einen Topf zu werfen, um so gegen die Kommunisten Stimmung zu machen.

Siegesbewußt rechnet schon „Herr Oberst" W. auf die Hälfte der Betriebsratssitze. Er glaubt, vor sich willenlose Sklaven zu haben.

Und siehe da: der Katzenjammer muß beim „Herrn Oberst" W. ein sehr großer gewesen sein. Trotzdem er vor der Wahl kühn behauptet, 1000 Mitglieder zu haben, bekommt die vaterländische Liste ganze 126 Stimmen oder einen Sitz, während die von ihm in Grund und Boden gestampften freien Gewerkschaften und Kommunisten 748 Stimmen oder 10 Sitze bekommen.

Tiefbekümmert schleicht nun der „Herr Stahlhelmoberst" herum und kann es nicht begreifen, warum so viele seiner Getreuen desertierten und ins feindliche Lager überschwenkten.

Tja, „Herr Oberst", oberschlesische und Gleiwitzer Arbeiter sind nicht so dämlich wie Sie, um sich an den Karren des Kapitals zu spannen. Die Arbeiter haben umgelernt und wissen jetzt genau, daß sie den Kapitalismus bekämpfen müssen, wenn sie mehr Brot und eine sichere Existenz haben wollen.

Und deshalb, „Herr Oberst", kämpfen die Arbeiter gegen den Kapitalismus, und wenn flugs Juden in der Aktiengesellschaft sitzen.

Ja, ja, Herr Wagner, wie kann man als Stahlhelm sich auch mit Huldschinskiaktionären konsolidieren.

Lohnabbau statt Preisabbau

Enthüllter Pakt zwischen Luther-Regierung und Unternehmertum

Die „Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB., ist in der Lage, in ihrer neuesten Nummer ein **geheimes Rundschreiben der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände**, gezeichnet vom Syndikus Dr. Meißinger, zu veröffentlichen. In diesem Dokument, einer sogenannten „Aktennotiz", vom 10. August 1925 wird zu der Offensive von der Lutherregierung und dem Unternehmertum mit der Parole „Keinen Pfennig Lohnerhöhung" folgendes gesagt:

„Am Sonnabend, den 8. August, hatte ich eine vertrauliche Besprechung mit dem Herrn Ministerialdirektor Dr. Sitzler und Ministerialrat Mewes. Der Ausgangspunkt der Besprechung war die Lage im Baugewerbe mit Hinweis auf die am Montag beginnenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Es kam nur darauf an, noch einmal die Herren mit allem Nachdruck zu bitten, die derzeitigen Bauarbeiterlöhne als Ergebnis auch der für die einzelnen Bezirke erfolgenden Verhandlungen unbedingt festzuhalten und gleichzeitig dahin zu wirken, daß die Arbeit in den bestreikten Betrieben zu den bisherigen Bedingungen vorbehaltlich der Durchführung des Schiedsverfahrens wieder aufgenommen wird, ward.

Beide Herren bestätigten mir, daß sie **entschlossen** seien, dieses Ziel zu erreichen."

Die beiden Herren haben nicht nur versprochen, sondern auch durchgeführt. Jetzt hat die Gesamtarbeiterschaft den klaren Beweis, daß die Lutherregierung lediglich die Befehle des Unternehmertums durchführt. Der obengenannte Mewes, der mit Sitzler im Bauarbeiterstreik dem Unternehmersyndikus Meißinger Ablehnung jeder Lohnerhöhung versprach, war der „unparteiische" (!!) Vorsitzende des Schiedsgerichts, das über die Bauarbeiterforderungen zu entscheiden hatte. Das genügt!

Wie aber die Arbeiter gekauft werden sollen, auch das haben die Unternehmerverbände und das Reichsarbeitsministerium miteinander vereinbart. Meißinger verlangte, daß der Unternehmerstandpunkt in den Schiedssprüchen immer offener dargelegt werden solle, daß das Reichsarbeitsministerium in einer Broschüre diesen Standpunkt verbreiten solle, doch solle das so geschehen, als ob eine „unparteiische" Instanz spreche. Wörtlich heißt es:

„Im Laufe der Debatte zeigte sich **volles Verständnis dafür, daß das Reichsarbeitsministerium jedenfalls die von uns verlangte Aktivität nicht in einer Form machen könne, die praktisch dazu führe, daß die Gewerkschaften das Vertrauen zum Reichsarbeitsministerium verlieren und deshalb bei ihrer jetzt so wirtschaftschädigenden Politik ihrerseits das Reichsarbeitsministerium selbst vollkommen ausschalten oder umgehen würden.**"

Dieses Zugeständnis ist ungeheuer wichtig! Die Unternehmer wünschen selbst eine Form der Regierungsauslassungen, die sich scheinbar auch gegen sie richte. Warum? Damit die Arbeiter den Schwindel nicht durchschauen sollen, damit sie nicht veranlaßt werden, auf die Gewerkschaftsinstanzen dahingehend einen Druck auszuüben, die Schlichtungsinstanzen zu umgehen. Denn die Unternehmer fürchten, daß freie Gewerkschaften zum direkten, tatsächlichen und wirksamen Kampf übergehen könnten. **Die Unternehmer gestehen ein, daß sie allein große Vorteile von dem ganzen Schlichtungsschwindel haben.**

Wie den Schlichtungsinstanzen die Unternehmerparolen diktiert werden, darüber geben folgende Sätze der „Aktennotiz" Meißingers Auskunft:

„Die Herren zeigten für diesen von mir vorgeschlagenen Weg **volles Interesse**, wie überhaupt erfreulicherweise festgestellt werden muß, daß bei der Betrachtung der Lohn- und Wirtschaftslage **restlose Uebereinstimmung bestand**. Dr. Sitzler namentlich erklärte, daß er sich im Sinne meiner Ausführungen vor Tagen bei einer Schlichterbesprechung in Kassel geäußert habe, wobei er wieder feststellen konnte, daß ein großer Teil der Schlichter über das von ihm entrollte Wirtschaftsbild unorientiert war, und daß die Schlichter **überrascht** gewesen wären, weil sie die Lage bislang doch noch viel rosiger angesehen hätten. Diese Schlichterbesprechung habe also **zweifellos auf die Schlichter einen tiefen Eindruck gemacht und würde ihre Auswirkung auch auf die Schlichtungsausschüsse nicht verfehlen.** Dr. Sitzler sagte weiter zu, er wolle in den sich ihm bietenden Fällen Begründungen in bereitem Sinne geben und mir solche Entscheidungen dann auch jeweils zur Kenntnis übersenden; im übrigen wollte er dem Minister über die Unterredung mit mir Kenntnis geben ....

Sitzler stellte mir die Information unserer Verbände über den Inhalt unserer Unterredung in geeigneter Weise frei und wollte es auch ruhig in derselben Weise überlassen, von gewissen wichtigen Sprüchen und Begründungen in der Lohnpolitik Gebrauch zu machen, um daraus unsere Handhabe für richtige Erkenntnis der Politik des Reichsarbeitsministeriums zu gewinnen. Er würde aber dringend darum bitten, hierüber **nichts Schriftliches aus der Hand zu geben.** Wir sollten doch auch den Weg beschreiten, den er nimmt, **wenn er die Schlichter informiert**, die auf seine Einladung alle kämen und die ihrerseits dann ebenso einheitlich die erscheinenden Schlichtungsausschußvorsitzenden informieren würden. Ich stimmte dieser taktischen Behandlung dieser Frage zu und erklärte mich bereit, unverzüglich in diesem Sinne zu verfahren, außerdem bei der bevorstehenden Geschäftsführerkonferenz in Passau entsprechend zu berichten."

Der unvorsichtige Meißinger hat aber die Unterredung doch schriftlich niedergelegt und so unfreiwillig die deutsche Arbeiterschaft darüber informiert, in welch infamer Weise **alle Schachzüge der Unternehmeroffensive gemeinsam abgekartet** werden, wie das infame System von oben bis unten funktioniert, wie sogar verabredet wird, „nichts Schriftliches" aus der Hand zu geben. Unter anderem wurde so auch abgemacht, daß, wo es das Unternehmerinteresse gebiete, keine Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen mehr auszusprechen ist, von jeder gesetzlichen Eindämmung der überlangen Arbeitszeiten abzusehen und zum bloßen Schein ein „Arbeiterschutzgesetz" vorbereiten, das jede neue Verlängerung der Arbeitszeit nur begünstige.

Alarmierend ist der **gemeinsame Plan eines neuen Lohnabbaus**, der jetzt durchgeführt werden soll. Wörtlich heißt es:

„Vor allem erklärte sich Sitzler völlig mit mir darüber einig, daß es ganz ausgeschlossen wäre, der einsetzenden Wirtschaftskrisis, die auch er spätestens ab Oktober erwarte und der damit verbundenen Tendenz des Lohnabbaues durch das Mittel des staatlichen Tarifzwanges entgegenzuwirken, eine Uebereinstimmung, die ich mit besonderer Genugtuung feststellte."

Also statt Preisabbau — **Lohnabbau!** Das ist von Unternehmertum und Luther-Regierung geplant. Werden endlich jetzt alle freien Gewerkschafter einsehen, daß es mit der bisherigen Taktik der freien Gewerkschaften nicht mehr weiter geht? Die von der „Gewerkschaftszeitung" veröffentlichten Enthüllungen bestätigen:

Daß das Reichsarbeitsministerium der Luther-Regierung gemeinsam mit den Unternehmerverbänden die Offensive für Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung führt;

daß die Unternehmerparole „Keinen Pfennig Lohnerhöhung" vom Reichsarbeitsministerium kategorisch als Befehl an alle Schlichtungsinstanzen weitergegeben worden ist;

daß jetzt mit Hilfe dieses Schlichtungsschwindels ein neuer Lohnabbau durchgeführt werden soll;

daß ferner das Arbeitsministerium dieser Luther-Regierung nicht daran denkt, durch ein Arbeitszeitgesetz auch nur den schlimmsten Auswüchsen in der Arbeitszeitfrage zu steuern, sondern daß im Zusammenspiel mit dem Unternehmertum überall weitere Verlängerung der Arbeitszeit herbeigeführt werden soll;

daß die Unternehmerverbände mit dem System der Schlichtungsinstanzen des kapitalistischen Staates voll und ganz einverstanden sind, wenn sie auch zur Täuschung der Arbeiterschaft eine Scheinopposition machen;

daß die Unternehmerverbände nichts so sehr fürchten, als daß die freien Gewerkschaften in Zukunft dazu übergehen könnten, auf den ganzen Schlichtungsschwindel zu pfeifen und direkt zum Kampf gegen das Unternehmertum und die Luther-Regierung vorzugehen.

Da angesichts der Haltung der jetzigen ADGB.-Führer noch schwere Kämpfe erforderlich sind, um eine Kursänderung der deutschen Gewerkschaften zu erzwingen, so ist es notwendig, daß jeder noch außenstehende Lohnarbeiter, jedes Gewerkschaftsmitglied, das diese Kursänderung will, die linke Opposition in den freien Gewerkschaften verstärkt.

Schon gehen die Waldenburger Unternehmer, dem Pakt folgend, dazu über, den Arbeitern eine 15 prozentige Lohnherabsetzung zu diktieren. Diese Tatsachen müssen den letzten Arbeiter wachrütteln.

Alle Mann an Bord!